

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Liberale Parteien, Eidgenössische Wahlen
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Parteichronik
Datum	01.01.1965 - 01.01.2023

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Beer, Urs
Bernath, Magdalena
Brändli, Daniel
Bühlmann, Marc
Gianola, Giada
Gilg, Peter
Hohl, Sabine
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias
Schaub, Hans-Peter
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Gianola, Giada; Gilg, Peter; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schaub, Hans-Peter; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Liberale Parteien, Eidgenössische Wahlen, Parteichronik, 1986 – 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Grosse Parteien	2
Linke und ökologische Parteien	6
Liberale Parteien	9
Konservative und Rechte Parteien	22
Andere Parteien	23

Abkürzungsverzeichnis

UREK-SR	Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EKF	Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
NEAT	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
EG	Europäische Gemeinschaft
LdU	Landesring der Unabhängigen

CEATE-CE	Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie du Conseil des États
UE	Union européenne
EEE	l'Espace économique européen
CFQF	Commission fédérale pour les questions féminines
NLFA	Nouvelle ligne ferroviaire à traverser les Alpes
DFAE	Département fédéral des affaires étrangères
USAM	Union suisse des arts et métiers
CE	Communauté européenne
AdI	Alliance des indépendants

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.01.2022
HANS-PETER SCHAUB

Die **sechs grössten Parteien** der Schweiz verzeichneten 2020 und 2021 nach eigenen Angaben fast durchwegs einen deutlichen **Mitgliederzuwachs**, wie die Aargauer Zeitung im Januar 2022 berichtete. Die Zahlen sind zwar zu relativieren, weil nicht alle Parteien ein zentrales Mitgliederregister führen und die Parteien zudem unterschiedliche Kriterien dafür verwenden, ab wann sie jemanden als Parteimitglied zählen. Die Aargauer Zeitung und der von ihr befragte Politanalyst Mark Balsiger hielten einen Zuwachs indessen für plausibel. Als Erklärungsfaktoren nannten sie, dass in dem Zeitraum viele Bürgerinnen und Bürger durch die stark alltagsrelevante Covid-19-Pandemie, aber auch durch die intensiviertere Diskussion um den Klimawandel und durch aussergewöhnlich intensive Abstimmungskämpfe etwa zur Konzernverantwortungsinitiative im November 2020 und zu den beiden Covid-19-Gesetzesvorlagen im Juni und im November 2021 politisiert worden seien. Diese Politisierung sei noch verstärkt worden durch einen stark erhöhten Medienkonsum vieler Leute in den ersten anderthalb Jahren der Pandemie und zeige sich nebst den vermehrten Parteieintritten auch an den aussergewöhnlich hohen Beteiligungsraten bei den Volksabstimmungen seit Pandemiebeginn.

In absoluten Zahlen den stärksten Zuwachs meldete **Die Mitte**. Seit der Fusion von CVP und BDP (zuletzt 82'000 bzw. 4'000 Mitglieder) im Januar 2021 sei die Mitgliederzahl um 5'500 auf 91'500 gestiegen. Die Partei führte dies auch auf ihr Rebranding mit dem neuen Parteinamen zurück.

Einen nicht genauer bezifferten Nettozuwachs «im vierstelligen Bereich» meldete die **SVP**, deren Mitgliederzahl gemäss einer nicht datierten Angabe auf der Parteiwebsite 80'000 betrug. In jüngerer Vergangenheit sei die Mitgliederzahl nur nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative 2014 und nach der Nichtwiederwahl ihres Bundesrats Christoph Blocher 2007 noch stärker gestiegen. Der massnahmenkritische Kurs der Partei in der Coronapolitik führte gemäss ihren eigenen Angaben zwar zu Austritten älterer bisheriger Mitglieder, diese seien aber mehr als kompensiert worden durch jüngere Neumitglieder, die sich gerade von diesem Kurs angesprochen gefühlt hätten.

Die **SP** meldete 32'814 Mitglieder, was rund 1'400 Personen mehr seien als zwei Jahre zuvor. Es gebe aber schon seit 2015 einen kontinuierlichen Zuwachs. Ein Teil der Neumitglieder sei wegen der Coronapolitik zur SP gestossen, die Hauptgründe waren gemäss einer Neumitgliederbefragung aber Gespräche mit Bekannten, die bereits Parteimitglieder waren, und Ereignisse im Zusammenhang mit einzelnen Abstimmungen oder Wahlen.

Gar den grössten «Mitgliederboom» ihrer Parteigeschichte erlebten gemäss Parteipräsident Balthasar Glättli die **Grünen**: Die Mitgliederzahl sei in zwei Jahren um 2'300 auf 12'967 gestiegen, was wohl auf die Themenführerschaft der Grünen in der Klimapolitik zurückzuführen sei.

Am sechstmeisten Mitglieder hatte die **GLP**, die 6'800 Mitglieder meldete, was 1'700 mehr seien als zwei Jahre zuvor. Der starke Anstieg habe schon nach den für die GLP äusserst erfolgreichen Nationalratswahlen 2019 begonnen.

Keine Informationen zur aktuellen Mitgliederentwicklung hatte die **FDP** Schweiz. Man nehme aber «keine namhaften Schwankungen» wahr. Im Jahr 2019 hatte die Partei ihre Mitgliederzahl mit 120'000 beziffert.

Vergleicht man die gemeldeten Zahlen mit jenen aus dem Jahr 2013, so sind die Mitte und die SVP seither per Saldo geschrumpft, bei der FDP blieb die Mitgliederzahl stabil. Demgegenüber konnten die SP, die Grünen und die GLP ihre Mitgliederbasis seit 2013 verbreitern.¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 05.12.1986
PETER GILG

Grosse Parteien

Die Freisinnig-demokratische Partei (**FDP**), die in den Nationalratswahlen von 1983 (vgl. auch hier) zur stärksten Landespartei aufgestiegen war, **blieb von Abbröckelungserscheinungen nicht verschont**. Die Fortsetzung der Reihe von kantonalen und kommunalen Wahlmisserfolgen, die im Herbst 1985 in der Westschweiz begonnen hatte (vgl. auch hier), gab zur Deutung Anlass, dass der Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung – weniger Staat» seine Wirkung verloren habe, ja bei einem Teil der Wähler zur Belastung geworden sei. Parteipräsident B. Hunziker plädierte denn auch für eine Öffnung der Partei gegenüber neuen Problemen und distanzierte sich von einer konservativen Haltung; vor allem aber wiederholte er seinen Ruf nach vermehrter innerer Geschlossenheit. Als einen Problembereich, mit dem sich die Politik nunmehr zu befassen habe, signalisierte die FDP die neuen Technologien, denen sie eine ausserordentliche Delegiertenversammlung widmete. Die von dieser verabschiedeten Postulate betonten vor allem die Aufgabe des Staates, im Bildungswesen aller Stufen Voraussetzungen für den technologischen Fortschritt zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern. Im übrigen solle sich der Staat auf die Gewährleistung günstiger Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beschränken, Monopolstellungen bei Regiebetrieben abbauen sowie rechtliche und administrative Hemmnisse reduzieren ; vor einer direkten staatlichen Technologieförderung wurde eher gewarnt. Von einer Verstärkung des umweltpolitischen Interesses in der FDP – zumal vor einem eidgenössischen Wahljahr – zeugte ein entsprechendes Manifest, das die Herbst-Delegiertenversammlung freilich erst teilweise genehmigte; die brisanten Postulate wurden noch einer parteiinternen Vernehmlassung unterstellt. Mindestens im Grundsatz fanden immerhin Lenkungsabgaben zur Schonung knapper Umweltgüter Zustimmung. Weitere Thesen und Grundlagenpapiere veröffentlichten Partei oder Fraktion zum Asylrecht, zur Finanz- und zur Energiepolitik. Auf kantonaler Ebene hatte die FDP namentlich in Genf und Baselland sowie in der Stadt Zürich mit inneren Spannungen zu schaffen.²

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.04.2001
MAGDALENA BERNATH

Ende Januar gab **Franz Steinegger** (UR) seinen **Rücktritt** als FDP-Präsident bekannt. Er hatte das Amt zwölf Jahre inne gehabt. Der als Favorit gehandelte Hans-Rudolf Merz (AR) verzichtete auf eine Kandidatur. Zum **Nachfolger** designierte die Parteileitung den Schaffhauser **Gerold Bühler**. Der 53-jährige Finanzchef der Georg Fischer AG wurde 1991 in den Nationalrat gewählt und zählt zum neoliberalen Wirtschaftsflügel und gesellschaftspolitisch zu den Konservativen. Bühler verlangte einen bürgerlichen Dreierbund mit FDP, SVP und CVP und forderte die CVP auf, sich klar rechts zu positionieren. Am 7. April bestätigte die Delegiertenversammlung in Genf Gerold Bühler als Nachfolger von Parteipräsident Franz Steinegger.³

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.12.2002
MAGDALENA BERNATH

Nachdem **Gerold Bühler** (SH) wegen seiner Doppelrolle als Parteipräsident der FDP und als Verwaltungsrat der krisengeschüttelten Rentenanstalt zunehmend unter Druck geraten war, erklärte er im November 2002 per sofort seinen **Rücktritt vom Parteipräsidium**. Um die Vakanz kurz vor den Wahlen möglichst rasch zu besetzen, nominierte die Parteileitung Ständerat Hans-Rudolf Merz (AR), der bereits 2001 für die Nachfolge von Präsident Franz Steinegger im Gespräch war. Da dieses Vorgehen parteiintern auf heftige Kritik stiess, übernahm Vizepräsidentin Christiane Langenberger (VD) und nicht wie ursprünglich vorgesehen Hans-Rudolf Merz interimistisch die Parteiführung bis zur Wahl des neuen Präsidiums im Januar 2003. Zudem beschloss die Geschäftsleitung, weitere für das Amt in Frage kommende Kandidaten anzufragen. Ende Dezember hatte neben Vizepräsidentin Christiane Langenberger einzig die Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein ihre Kandidatur angemeldet. Der Favorit Merz war wegen seiner Mandate und seiner Tätigkeit als Unternehmensberater in Südafrika während der Apartheid in den 1980er Jahren zunehmend unter Beschuss geraten und hatte seine Kandidatur zurückgezogen, andere von den Medien als aussichtsreich gehandelte FDP-Mitglieder stellten sich nicht zur Verfügung.⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 12.01.2003
MAGDALENA BERNATH

Anfang Januar wählten die FDP-Delegierten Interimspräsidentin **Christiane Langenberger** (VD) mit 181 Stimmen zur **Präsidentin**. Auf die als Favoritin gehandelte Zürcher Nationalrätin Trix Heberlein entfielen 164 Stimmen. Manche Freisinnigen hatten befürchtet, dass Heberlein, die im Herbst gemeinsam mit dem SVP-Vertreter Hans Hofmann (ZH) für den Ständerat kandidieren wollte, sich als FDP-Präsidentin auf nationaler Ebene zu wenig würde von der Hauptkonkurrentin SVP abgrenzen können – die SVP hatte bereits damit gedroht, das Doppel-Ticket Heberlein-Hofmann platzen zu lassen. Langenberger hingegen hatte für eine eigenständige Politik der Mitte plädiert.⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 28.12.2011
MARC BÜHLMANN

Weil die Tessiner FDP eine **Amtszeitbeschränkung** von 16 Jahren für Volksvertreter kennt, hätte Fulvio Pelli (TI) eigentlich nicht mehr zu den Nationalratswahlen antreten dürfen. Die Statuten sehen allerdings Sonderbewilligungen vor, die dem Parteipräsidenten und Aushängeschild der Tessiner FDP vom Parteivorstand auch gewährt wurden. Pelli selber kündigte an, **solange im Nationalrat zu bleiben, wie er Präsident sei**. Er war aufgrund der gehäuften Niederlagen seiner Partei bei kantonalen Wahlen und der intransparenten Kommunikation in seiner Funktion als Verwaltungsratspräsident bei der Tessiner Kantonalbank auch in der Südschweiz nicht unumstritten. Seine äusserst knappe Wiederwahl in den Nationalrat – 54 Stimmen verhalfen ihm dazu – liess die Kritiker ebenfalls nicht verstummen. Pelli selber gab nach der Niederlage bei den eidgenössischen Wahlen bekannt, im April 2012 sein Amt abzugeben. Dies habe er bereits vor zwei Jahren beschlossen. Als potentielle Nachfolgerinnen und Nachfolger wurden Karin Keller-Sutter (SG), Philipp Müller (AG), Christian Wasserfallen (BE), Ruedi Noser (ZH) und Andrea Caroni (AR) ins Spiel gebracht. Keller-Sutter kündigte früh an, dass für sie das Amt als Parteipräsidentin mit jenem als Ständerätin unvereinbar sei. Eine Findungskommission wurde im Dezember eingesetzt und als Wahltermin der 21. April 2012 festgelegt.⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 28.07.2012
MARC BÜHLMANN

Das nationale Wahljahr 2011 war für die SVP nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Die erstmals seit über 20 Jahren eingefahrenen Verluste, aber auch das schlechte und als schlecht orchestriert beurteilte Abschneiden bei den Bundesratswahlen hatte einige interne Kritik provoziert. So setzte sich die Fraktion noch im Dezember 2011 gegen das Ansinnen der Parteispitze durch, trotz Untervertretung in der Regierung nicht den **Gang in die Opposition** zu beschliessen. Ende Januar stimmten die Delegierten an ihrer Versammlung in Berg im Thurgau diesem Fraktionsantrag mit 442 zu 25 Stimmen zu. Zahlreiche kritische Stimmen gegen die wenig lösungsorientierte Politik der Parteileitung wurden während der Debatte laut. Die SVP müsse sich in Stil und Auftreten ändern. Parteipräsident Brunner mahnte jedoch, die SVP müsse weiterhin unbequeme Botschaften überbringen und konstruktive Opposition betreiben. Am letztlich erfolgreichen Stil der Partei dürfe sich dabei nichts ändern. Die Niederlagen bei den nationalen Wahlen führten zu einer Konzentration auf die Kernthemen der Partei. Generalsekretär Balthisser sprach dabei von „Mut zur Lücke“. Im Vordergrund standen insbesondere die eigenen, bereits eingereichten Initiativen (Ausschaffungsinitiative, Volkswahl des Bundesrates, Familieninitiative, Initiative gegen Masseneinwanderung, Durchsetzungsinitiative). Die Partei hielt sich hingegen etwa im Abstimmungskampf bei der Staatsvertragsinitiative, der Abzockerinitiative oder auch beim Referendum gegen die Steuerabkommen mit Deutschland, Österreich und Grossbritannien auffallend zurück.⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.01.2015
MARC BÜHLMANN

An ihrer **Delegiertenversammlung Ende Januar 2015 in Lugano** diskutierte die FDP nicht nur ihr Positionspapier zum starken Franken, sondern fasste auch die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 8. März 2015. Die Idee einer Energiesteuer sei zwar gut, der entsprechende Vorschlag der Grünliberalen sei aber mit grossen Unsicherheiten belastet. Mit 2 Ja und 207 Nein-Stimmen wandten sich die Freisinnigen deutlich gegen die Initiative. Auch die Familieninitiative der CVP fand bei der Versammlung keine Gnade und wurde mit 211 Nein zu 4 Ja (bei 1 Enthaltung) zur Ablehnung empfohlen. Das Ziel einer Steuerentlastung von Familien sei zwar nobel, profitieren würden allerdings nur wohlhabende Familien und die Umsetzung würde zu Steuererhöhungen führen. Eine administrative Vereinfachung von Kinderkrippen wäre zielführender. Mit dem Slogan „Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt“ will die FDP in den Wahlkampf ziehen. Die Freiheit müsse gegen Kräfte geschützt werden, die Angst vor der Freiheit hätten, erklärte Bundesrat Didier Burkhalter in seiner Rede.⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.04.2015
MARC BÜHLMANN

Ende **April 2015** trafen sich die **CVP-Delegierten** in Brugg (AG). Die **Delegiertenversammlung** stand im Zeichen der anstehenden eidgenössischen Wahlen. Parteipräsident Christoph Darbellay motivierte die Anwesenden: Die Chancen für die Wahlen 2015 seien intakt, es werde aber kein Spaziergang werden. Darbellay appellierte zudem an die anderen Parteien, für die weltweite Flüchtlingsproblematik gemeinsam Lösungen zu suchen. Die Delegierten hiessen ein Positionspapier zur Reform der AHV gut und fassten die Parolen für drei der vier im Juni anstehenden Abstimmungen: Ja sagten die Delegierten zum RTVG und zur Präimplantationsdiagnostik, ein Nein empfahlen sie zur Stipendieninitiative. Gegen die Erbschaftssteuerreform hatte sich die CVP bereits 2013 ausgesprochen.⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.06.2015
MARC BÜHLMANN

Als «unglaublichen **Fall Schlegel**» bezeichnete die Weltwoche den vom rechtskonservativen Blatt provozierten Rücktritt des ehemaligen St. Galler Kantonsratspräsidenten Paul Schlegel (SG, fdp), der für die FDP für die Nationalratswahlen 2015 antreten wollte. Der Unternehmer der «Schlegel Group», Treiber der «Expo Bodensee – Ostschweiz 2027» und im Kanton St. Gallen als «König des Rheintals» bekannte Schlegel habe wiederholt Sozialversicherungsbeiträge von Mitarbeitenden nicht bezahlt, sei verschuldet und schon mehrmals betrieblen worden, so die Weltwoche. Die FDP St. Gallen reagierte rasch und Schlegel musste sich vor dem Parteiausschuss erklären. Nach dieser Aussprache trat Schlegel von allen Ämtern und auch als Nationalratskandidat zurück. In den Medien gab Schlegel bekannt, alle Ausstände in der Zwischenzeit beglichen zu haben.

Die Geschichte löste in der Folge interessante Mediendebatten aus. Mit Blick auf die FDP wurde etwa von einem «Kulturwechsel» gesprochen. Die Werte der Partei würden neu höher gewichtet als persönliche Interessen. Diskutiert wurde freilich auch, ob unternehmerische Fehler derartige Auswirkungen haben dürften und ob dies nicht dazu führe, dass Unternehmerinnen und Unternehmer sich in der Politik immer seltener engagierten. Der FDP wurde vorgeworfen, die eigenen Kandidierenden nicht genau zu prüfen. Diese wehrte sich, dass die Wahlvorschläge von der Basis kämen, die die Kandidierenden am besten kennen würde. Zudem passe der mehrfach wiedergewählte Schlegel mit seinem grossen politischen Engagement sehr gut ins Profil der FDP; man durchleuchte aber nicht die unternehmerischen Tätigkeiten von Kandidierenden. Unklar blieb zuerst die Frage, ob die FDP nun mit 11 Kandidierenden und einer leeren Zeile zu den Wahlen antreten müsse. In der Tat war die Nachmeldung eines neuen Kandidierenden nicht möglich, wohl aber eine Vorkumulation. Die FDP entschied sich in der Folge, den amtierenden Nationalrat Walter Müller (fdp, SG) zwei Mal auf die Liste zu setzen.¹⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.07.2015
MARC BÜHLMANN

Rund drei Monate vor den eidgenössischen Wahlen 2015 gründete die CVP ihr Netzwerk **„CVP International“**. Ziel sei eine Vernetzung der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Mit dem von Filippo Lombardi, Patricia Mattle, Raymond Loretan und Daniel Wyss co-präsidierten Gremium soll ein Sprachrohr für die Anliegen der fünften Schweiz geschaffen werden. Das Gremium wolle sich für die Rechte der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland einsetzen und sich für E-Voting stark machen. In der Pressemitteilung Ende Juli wurde zudem darauf hingewiesen, dass die CVP für die Wahlen 2015 keine Auslandschweizerliste vorsehe, sondern dass Kandidierende aus dem Ausland in die kantonalen Listen integriert würden.¹¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 16.04.2016
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung Mitte April 2016 in Bern **wählte die FDP ein neues Präsidium**. Philip Müller (fdp, AG), 2015 in den Ständerat gewählt, trat etwas überraschend als Präsident zurück, weil er sich ganz auf die Kantonsvertretung konzentrieren wolle. Er hatte das Amt 2012 von Fulvio Pelli (fdp, TI) als zuerst «belächelter Nichtakademiker» (NZZ) übernommen und wurde in Bern für seinen «unermüdlichen Einsatz» gefeiert, der als mitursächlich für die «Positivspirale» und die jüngsten eidgenössischen Wahlerfolge betrachtet wurde. Seine «direkte, bodenständige und ehrliche Art» habe geholfen, neue Wählerinnen und Wähler zu gewinnen, war der Medienmitteilung der Partei zu entnehmen.

Zur Nachfolgerin Müllers wurde **Petra Gössi** (fdp, SZ) gekürt – als einzige sich zur Verfügung stellende Kandidatin einstimmig und ohne Enthaltungen. Die 40-jährige ehemalige Schwyzer Kantonalparteipräsidentin war 2011 in den Nationalrat gewählt worden und hatte den Sitz 2015 erfolgreich verteidigt. In den Medien wurde der dritten Frau an der Spitze des Freisinns (nach Christiane Langenberger und Marianne Kleiner) wenig Kredit eingeräumt. Es werde für die als «trocken» geltende und in Bern noch

nicht sehr bekannte Wirtschaftsberaterin nicht leicht werden, die FDP in ihrer momentanen Bestform zu halten, argwöhnte etwa der Sonntagsblick. Darüber hinaus könne sie sich im Gegensatz zu Müller kaum glaubhaft von der Finanzwirtschaft distanzieren. In einigen Medien wurde eine von ihr beratene Firma mit den Panama Papers in Verbindung gebracht. Le Temps prognostizierte einen «changement de génération, mais aussi du style».

Neben Gössi wurden neu Andrea Caroni (fdp, AR), Philippe Nantermod (fdp, VS) und Christian Vitta (Ti, fdp) ins Vize-Präsidium gewählt. Christian Wasserfallen (fdp, BE), von vielen Medien als Nachfolger für Müller gehandelt, und Christian Lüscher (fdp, VD) wurden im Vizepräsidialamt bestätigt. Gössi bezeichnete die fünf im Schnitt 40 Jahre alten Vizepräsidenten als ihre «Boysgroup». Aus dem Präsidium zurückgetreten waren neben Müller auch Vincenzo Pedrazzini (SZ, fdp), Carlo Speciali (TI, fdp) und Isabelle Moret (fdp, VD). Nach ihrer Wahl zur neuen FDP-Präsidentin trat Gössi aus dem Vorstand des Gewerbeverbands und des Hauseigentümergebäudes zurück.¹²

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.12.2019
GIADA GIANOLA

Bei den **Bunderstaswahlen 2019** bestätigte die **CVP** ihren Sitz: Ihre bisherige Bundesrätin **Viola Amherd wurde mit dem besten Resultat (218 Stimmen) wiedergewählt.**

Nach vielen Spekulationen in den Medien über eine mögliche Unterstützung der CVP für einen grünen Bundesratsitz entschied sich die Mitte-Fraktion gegen den Angriff auf amtierende Bundesräte und für eine angemessene Vertretung der Sprachregionen und unterstützte folglich FDP-Bundesrat Ignazio Cassis – wie Gerhard Pfister (cvp, ZG) in der NZZ erläuterte. Entsprechend verzichtete die CVP auch darauf, Grünen-Kandidatin Regula Rytz zu einem Hearing einzuladen. Die WOZ wusste jedoch zu berichten, dass Gerhard Pfister Regula Rytz durchaus hätte einladen wollen, um so Druck auf die FDP auszuüben. Sein Ziel sei es gewesen, die Freisinnigen dadurch zu einer Zusage zu bewegen, Viola Amherd bei den Bundesratswahlen 2019 nicht abzuwählen. Er sei jedoch von der Fraktion überstimmt worden.

Gerhard Pfister äusserte sich in den Medien auch über die Zauberformel und erklärte, dass er einen Konkordanz-Gipfel organisieren werde, um über die Zusammensetzung des Bundesrates zu diskutieren. Die Parteien müssten eine neue Zauberformel für die Bundesratszusammensetzung erfinden, wobei die FDP wohl einen Bundesratsitz abgeben müsste. Die entsprechenden Gespräche – so Pfister – sollten im neuen Jahr beginnen.¹³

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.08.2021
HANS-PETER SCHAUB

Anlässlich der Suche der FDP nach einer Nachfolge für Parteipräsidentin Petra Gössi fragte die Aargauer Zeitung im August 2021 die sechs grössten Parteien der Schweiz nach der **finanziellen Entschädigung für die Parteipräsidien.**

Ausser der SVP erhielt die Zeitung von allen Parteien Zahlen. Am wenigsten grosszügig war demnach die **GLP**: Ihr Präsident Jürg Grossen (glp, BE) erhielt den eher symbolischen Fixbetrag von CHF 2'500 pro Jahr und keine zusätzliche Spesenentschädigung. Gegenüber der Aargauer Zeitung gab Grossen an, die Finanzen der GLP liessen keine höhere Entschädigung zu und sein Lohn seien das Wachstum und die Sitzgewinne der Partei. Grossens Amtskollege Balthasar Glättli (gp, ZH) von den **Grünen** wurde mit CHF 28'000 pro Jahr entschädigt (CHF 16'480 Lohn und CHF 11'520 Spesen). Petra Gössi (fdp, SZ) Lohn bei der **FDP** betrug CHF 50'000 zuzüglich einer Spesenentschädigung in nicht genannter Höhe. Die **SP** liess sich ihr Präsidium insgesamt CHF 80'000 pro Jahr kosten, wobei auf Co-Präsidentin Mattea Meyer (sp, ZH) und Co-Präsident Cédric Wermuth (sp, AG) je CHF 35'000 Lohn und CHF 5'000 Spesen entfielen. Am grosszügigsten war schliesslich die **Mitte**: Ihr Präsident Gerhard Pfister (Mitte, ZG) wurde von seiner Partei mit rund CHF 100'000 pro Jahr entschädigt; dieser Betrag setzte sich zusammen aus einer Grundentschädigung, einer Spesenvergütung und Sitzungsgeldern. Die Mitte war damit die einzige Partei, welche Sitzungsgelder ausrichtete. Mitte-Generalsekretärin Gianna Luzio erklärte gegenüber der Aargauer Zeitung, die Mitte gehe für ihr Präsidium von einem 60-Prozent-Job aus, und die Entschädigung für Pfisters Vorgänger Christophe Darbellay (cvp, VS) bei der damaligen CVP habe sich in einem ähnlichen Bereich bewegt.

Von der **SVP** erhielt die Zeitung bloss die Auskunft, dass Parteipräsident Marco Chiesa (svp, TI) keinen Lohn, aber eine Spesenentschädigung bekomme; deren Höhe nannte die SVP nicht. Laut der Aargauer Zeitung wird in der SVP allerdings gemunkelt, diese Spesenentschädigung sei so hoch angesetzt worden, dass sie für mehr als nur die Spesen reiche. Die Entschädigung ihres Präsidioms hatte bei der SVP – wie auch schon bei anderen Parteien – für Diskussionen gesorgt, als sie Kandidaturen für die Nachfolge von Albert Rösti suchte und schliesslich Chiesa fand.¹⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.10.2007
SABINE HOHL

Linke und ökologische Parteien

Nach den für die Grünen sehr erfolgreich verlaufenen Wahlen (7 Sitzgewinne im Nationalrat und 2,2 Prozentpunkte mehr Wähleranteil als 2003) trat **Parteipräsidentin Ruth Genner (ZH)** aufgrund der Amtszeitbeschränkung zurück. Genner war seit 2001 in der Parteileitung gewesen, zunächst als Co-Präsidentin, dann als alleinige Präsidentin. Der Vizepräsident der Grünen, Ueli Leuenberger (GE), zeigte Interesse an Genners Nachfolge. Als weitere mögliche Kandidatinnen galten Franziska Teuscher (BE) und Maya Graf (BL). Genner sprach sich für ein Co-Präsidium mit einem Mann und einer Frau aus, während Leuenberger ein System mit Präsidium und Vizepräsidium favorisierte.¹⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.11.2007
SABINE HOHL

Für Diskussionen sorgte der **Alleingang der PdA Genf bei den Nationalratswahlen**. Sie hatte eine Listenverbindung mit der linken Gruppierung Solidarités abgelehnt. Es wurde befürchtet, dass die Zersplitterung der linken Parteien zu Sitzverlusten führen würde. Dies bewahrheitete sich, Vanek (sol.) wurde abgewählt. Seinen Sitz im Nationalrat verlor zunächst auch Josef Zisyadis (VD). Die als einzige PdA-Vertreterin in den Nationalrat wiedergewählte **Marianne Huguenin (VD) verzichtete jedoch auf ihren Sitz**, woraufhin Zisyadis nachrücken konnte. Huguenin argumentierte, ihre Funktion als Gemeindepräsidentin von Renens (VD) lasse sich nicht mit dem Nationalratsmandat vereinbaren. Es wurde jedoch in der Presse kritisch kommentiert, dass eine gewählte Frau einem nicht gewählten Mann ihren Sitz überlasse. Zisyadis schloss sich der Fraktion der Grünen an.¹⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.10.2019
GIADA GIANOLA

Die SP musste bei den Nationalratswahlen 2019 eine Niederlage einstecken und erreichte – gemäss verschiedenen Zeitungen – die tiefste Parteistärke auf nationaler Ebene seit Einführung des Proporzwahlrechts 1919. Die Partei verzeichnete in den Nationalratswahlen 2019 einen Stimmenanteil von 16.8 Prozent. In der Tat war dies das schlechteste Ergebnis der Partei seit 1919. Seit 2007 erreichten die Sozialdemokraten stets eine Parteistärke von ca. 18/19 Prozent. Die SP verlor im Vergleich zu 2015 zwei Prozentpunkte und vier Sitze (neu: 39 Sitze), blieb aber trotzdem die zweitstärkste Partei im Nationalrat nach der SVP.

Parteipräsident Christian Levrat (sp, FR) zeigte sich nicht zufrieden über das Resultat – wie er gegenüber der Presse betonte. Er erklärte den Rückgang damit, dass die SP einen Teil ihrer Wähler und Wählerinnen an die Grünen verloren habe. Weil diese Personen ein starkes Signal für die Umwelt hätten setzen wollen, hätten sie trotz ähnlicher Positionen die Grünen statt der SP gewählt, da die Grünen das «grün» bereits im Namen hätten. Die SP sei somit von der Grünen Welle überrollt worden. Diese Begründung teilte auch Priska Seiler Graf (sp, ZH) – Co-Präsidentin der SP Zürich. Daniel Jositsch (sp, ZH) hingegen führte die Verluste auf die Vernachlässigung sozialliberaler Positionen und die Aufgabe der Rolle als europapolitische Partei zurück. Juso-Parteipräsidentin Ronja Jansen (BL, sp) äusserte schliesslich in der Presse fundamentale Kritik an der Parteiposition und unterstrich, dass die SP zu stark in die Mitte gerückt sei und die Menschen mit einer «lauwarmen Politik der Kompromisse» nicht begeistern könne.

Als Reaktion auf die Niederlage berichteten die Medien über einen möglichen Rücktritt von Parteipräsident Levrat und spekulierten, dass dieser sein Amt im April 2020 – nach 12 Jahren – wohl abgeben werde. Levrat kommentierte diese Gerüchte über seinen Rücktritt in einem Interview im SonntagsBlick und betonte nur, dass die Partei diese Frage ohne Zeitdruck diskutieren werde.¹⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.10.2019
GIADA GIANOLA

2019 war das Jahr der **Grünen**: Nicht nur erreichte die Partei sehr gute Resultate in den kantonalen Erneuerungswahlen, sondern sie konnte mit 17 zusätzlichen Mandaten (neu: 28 Sitze) und einem Anstieg des Wähleranteils um 6.1 Prozentpunkte (neu: 13.2 Prozent) auch **in den Nationalratswahlen 2019 einen grossen Sieg** erzielen. Wie die NZZ berichtete, gewannen die Grünen in fast allen Kantonen – nur an den Innerschweizer Kantonen ging der Erfolg der Partei vorbei. In einem Interview im Blick Anfang Januar 2019 hatte sich Parteipräsidentin Regula Rytz (gp, BE) gewünscht, dass die Partei in den Nationalratswahlen vier oder fünf Sitze zulegen könnte; ein Ziel, das wider Erwarten gänzlich übertroffen wurde. Nicht überraschend zeigte sich die Parteipräsidentin folglich nach den Wahlen gegenüber den Medien extrem zufrieden und bedankte sich in einem NZZ-Interview bei den jungen Mitgliedern der Klimabewegung, die zur Politisierung der Jugend beitrügen.

Die positiven Resultate der Grünen brachten auch einen finanziellen Vorteil für die

Partei mit sich: Wie der Tages-Anzeiger berechnete, erhält die Partei zukünftig bis zu CHF 600'000 mehr an Fraktionsbeiträgen. Hinzu kommen die Mandatsabgaben der Neugewählten – bisher CHF 9'000 für Nationalrätinnen und Nationalräte –, was weitere CHF 150'000 in die Kasse spülen soll. Dies seien bedeutende Mittel bei einem Budget von bisher CHF 1.2 Mio., betonte die Zeitung.

Klima- und Frauenpolitik waren die zwei Hauptthemen der Grünen in der Wahlkampagne, Themen, die seit der Gründung der Partei schwerpunktmässig bewirtschaftet werden. Regula Rytz erklärte in einem Interview im April 2019, dass die Klima- und Frauenbewegung zu einer Politisierung von Wählergruppen führten, die bei den Wahlen derjenigen Partei ihre Stimme gaben, die diese Themen schon lange auf der Agenda haben – so eben die Grünen.

Wie eine statistische Analyse der Kandidaturen nach Geschlecht, Kanton und Partei im Auftrag der EKF zeigte, hatte die Partei das Thema der Gleichstellung auch bei den Wahllisten aufgenommen. Die Grünen zeigten den höchsten Frauenanteil unter den Kandidierenden: 55.4 Prozent der Kandidierende auf den Wahllisten waren Frauen. Insgesamt hatten die Grünen in 13 Kantonen eine Frauenmehrheit auf ihren Wahllisten und standen somit an der Spitze.

Während der Wahlkampagne der Grünen berichteten die Medien viel über die **Kandidatur von Tamy Glauser – dem berühmten Schweizer Topmodel** – für den Nationalrat. In einem Tages-Anzeiger-Interview machte Glauser klar, dass sie keine «One-Woman-Show» für die Partei sei, sondern dass sie sich für die Umwelt und die Rechte der LGBT+-Community einsetzen wolle. Für Furore sorgte Glauser in der Folge, als sie auf den sozialen Medien in einem Post erklärte, dass das «Blut von Veganern und Veganerinnen zum Beispiel Krebszellen töten kann», wie der Blick berichtete. Diese Aussage wurde in den Medien und in der Öffentlichkeit laut kritisiert. Dass eine solche Aussage über Veganismus und Krebs ihrerseits derartige Reaktionen auslösen könne, habe sie nicht erwartet, betonte Glauser. Diese Episode habe ihr gezeigt, dass sie für die Politik noch nicht bereit gewesen sei, wie sie auf Instagram schrieb. Aus diesem Grund zog sie ihre Kandidatur Ende Juli 2019 zurück. Für die Nationalratsliste der Grünen wurde daraufhin die Zürcher Kantonsrätin Esther Guyer (ZH, gp) nachnominiert.¹⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.11.2019
MARC BÜHLMANN

An ihrer ersten **Delegiertenversammlung** nach den eidgenössischen Wahlen 2019 feierte die **Grüne Partei** in Bern vor allem ihre grossen Wahlerfolge. Noch nie habe eine Partei derart zugelegt wie die Grünen. Mit durchschnittlich 46 Jahren seien die Grünen die jüngste Fraktion und der Frauenanteil betrage 61 Prozent, so die Medienmitteilung nach der Versammlung. In ihrer Rede dankte die Präsidentin Regula Rytz (gp, BE) allen Anwesenden für das «überwältigende Ergebnis», das nur dank grosser Vorarbeit und guter Kampagne möglich gewesen sei. Die Erfolge würden aber auch hohe Erwartungen für die neue Legislatur wecken. Ziel müsse eine «umweltverträglichere» und «gerechtere» Politik sein, forderte Fraktionspräsident Balthasar Glättli (gp, ZH) in seinem Votum. Hierzu müsse man mit der SP und der Mitte Bündnisse finden. Der Rückenwind werde helfen, einen «sozialen und mehrheitsfähigen Klimaschutz» umzusetzen. Mit neuer «Ernsthaftigkeit», die laut Tages-Anzeiger die Partei erfasst habe, forderte die Präsidentin schliesslich einen grünen Bundesratsstz und eine neue Zauberformel. Entschieden wurde hierzu an der Versammlung freilich noch nichts. Das «neue Selbstverständnis», das die NZZ der Partei attestierte, liess die Präsidentin aber zur These verleiten, dass die Grünen wohl eher einen Regierungssitz erobert hätten, wenn Johann Schneider-Ammann und Doris Leuthard auf Ende Legislatur und nicht «taktisch» zurückgetreten wären. Rytz forderte ein Gesetz gegen Rückritte während der Legislatur. Die neue «Volkspartei mit Bewegungscharakter» wie Regula Rytz das neue Selbstverständnis laut NZZ umschrieb, nutzte die Delegiertenversammlung schliesslich auch noch für die Parolenfassung für die Abstimmungen vom 9. Februar 2020: Einstimmig (1 Enthaltung) empfahlen die Abgeordneten ein Ja zur Volksinitiative «Für mehr bezahlbare Wohnungen» sowie ein Ja zur Änderung des Strafgesetzbuches («Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung»).¹⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.12.2019
GIADA GIANOLA

Bei den **Bundesratswahlen 2019 bestätigte die SP ihre zwei Sitze**: Bundesrätin Simonetta Sommaruga wurde mit 192 Stimmen von der Vereinigten Bundesversammlung wiedergewählt, Alain Berset gar mit 214 Stimmen.

Im Vorfeld der Wahlen war Simonetta Sommaruga von einigen SVP-Mitgliedern attackiert und ihr Bundesratsstz in Frage gestellt worden. So kritisierten etwa die Nationalräte Andreas Glarner (svp, AG) und Mike Egger (svp, SG) ihre Arbeitsweise im Asylwesen und unterstützten ihre Abwahl, um den Grünen den Zugang zum Bundesrat

zu ermöglichen.²⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.12.2019
GIADA GIANOLA

Nach den Erfolgen sowohl in den National- als auch in den Ständeratswahlen 2019 **forderten die Grünen in den darauffolgenden Bundesratswahlen einen Bundesratssitz.** Zwar hatte Parteipräsidentin Regula Rytz (gp, BE) am Wahlsonntag der eidgenössischen Wahlen auf eine klare Aussage dazu verzichtet und lediglich angemerkt, dass die Verteilung der Bundesratssitze nicht mehr passe. Am 22. November 2019 gab Rytz jedoch ihre Kandidatur für die Bundesratswahlen offiziell bekannt. Man habe so lange mit dem Entscheid gewartet – die Ankündigung von Rytz kam fast einen Monat nach den Nationalratsergebnissen und drei Wochen vor den Bundesratswahlen –, da man in Gesprächen mit den anderen Parteien die Wahlchancen abzuschätzen versucht habe, erklärte Rytz gegenüber dem Tages-Anzeiger. Diese Gespräche seien positiv verlaufen, woraufhin die Grünen den FDP-Sitz von Ignazio Cassis angriffen. Die FDP sei im Bundesrat rechnerisch übervertreten, weshalb Rytz eine neue Zauberformel vorschlug, gemäss der die beiden grössten Parteien SP und SVP je zwei Sitze und FDP, CVP und die Grünen je einen Sitz haben sollten. Rytz betonte die Dringlichkeit einer Fortsetzung der Klimaschutzdiskussionen und die entsprechende Unterstützung in der Stimmbevölkerung. Aus diesem Grund sei der Anspruch der Grünen auf einen Bundesratssitz gerechtfertigt, obwohl mit Ignazio Cassis ein Vertreter einer sprachlichen Minderheit angegriffen werde. Man könne – so Rytz – nicht alle Ansprüche befriedigen.

Die Zeitungen kommentierte diese verspätete Kandidatur von Rytz und ihren Start in den Bundesratswahlkampf als misslungen. Die NZZ begründete die späte Bekanntgabe damit, dass Rytz ihrer Ständeratskandidatur Priorität eingeräumt habe und folglich bei einer Wahl in den Ständerat auf die Bundesratskandidatur verzichtet hätte. Stattdessen hätte sich Rytz aus dem Ständeratsrennen nehmen und sich auf die Bundesratswahl konzentrieren müssen – war sich die Presse einig. Als entsprechend klein schätzten sie auch ihre Chancen, gewählt zu werden, ein, betonten dabei aber vor allem die entscheidende Rolle der GLP-Fraktion auf einer Seite und der CVP-EVP-BDP-Fraktion auf der anderen Seite.

Am Tag der Wahl stellte sich neben den Grünen nur die Sozialdemokratische Fraktion offiziell hinter die Forderung, die Zauberformel zu ändern und die grüne Kandidatin Regula Rytz zulasten von FDP-Bundesrat Ignazio Cassis zu unterstützen. Im Rahmen der parlamentarischen Debatte betonte SP-Fraktionspräsident Roger Nordmann (sp, VD), dass die Zusammensetzung des Bundesrates mit einer Mehrheit von je zwei Bundesratssitzen der FDP und der SVP aufgrund der Wahlerfolge der Grünen nicht mehr repräsentativ sei für die Schweiz und das Parlament. Keine Unterstützung erhielt Rytz von den übrigen Parteien. Die Grünliberale Fraktion entschied sich zwar für Stimmfreigabe, was für einigen Unmut bei den Grünen sorgte. Einige GLP-Mitglieder äusserten sich diesbezüglich im Tages-Anzeiger und erklärten, dass sie sich eine gemeinsame Strategie mit den Grünen für einen Bundesratssitz gewünscht hätten. Absprachen diesbezüglich hätten jedoch nicht stattgefunden. Auch von der CVP-Fraktion erfuhren die Grünen keine Unterstützung, diese gab an, Ignazio Cassis zu unterstützen. Nach den Wahlen äusserte sich Balthasar Glättli im Sonntags-Blick kritisch gegenüber der CVP und stellte in Aussicht, dass die Grünen zukünftig auch den Sitz von Viola Amherd angreifen könnten, falls die CVP keinen Beitrag zu einer griffigeren Klimapolitik leiste. Da auch die FDP- und die SVP-Fraktion Ignazio Cassis unterstützten, setzte sich dieser mit 145 Stimmen durch. Regula Rytz erhielt 82 Stimmen, 11 Stimmen entfielen auf Verschiedene.

Im Zusammenhang mit der Forderung der Grünen nach einem Bundesratssitz berichteten die Medien ausgiebig über eine neue Zauberformel und somit über eine neue Zusammensetzung des Bundesrates. In einem Interview schlug SP-Parteipräsident Christian Levrat (sp, FR) vor, den Bundesrat auf neun Mitgliedern zu erweitern; dies gäbe mehr Spielraum, um die grossen Parteien angemessen in die Regierung zu integrieren, die Regionen wären besser vertreten und die Bundesräte würden entlastet. Altbundesrat Christoph Blocher schlug stattdessen vor, dass sowohl die SP als auch die FDP zukünftig nur jeweils einen Sitz haben und stattdessen auch die Grünen und Grünliberalen je einen Sitz erhalten sollten (sogenannte Formel Christoph Blocher: 2-1-1-1-1).²¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.11.2022
HANS-PETER SCHAUB

Die **Jungen Grünliberalen Schweiz** stellten im Oktober 2022 ihr **Präsidium** personell und organisatorisch teilweise neu auf: Anstelle der nach zweijähriger Amtszeit zurücktretenden Co-Präsidentin Virginie Cavalli (VD) wurden Jeremy Borel (GE) und Maya Tharian (ZH) neu als Vizepräsident respektive Vizepräsidentin gewählt. Tobias Vögeli (BE), der bereits seit 2018 als Co-Präsident der Jungpartei amtierte, wurde nunmehr alleiniger Präsident.²²

PARTEICHRONIK
DATUM: 22.12.2022
HANS-PETER SCHAUB

Im Kanton **Glarus** verloren die **Grünen** Ende 2022 zwei Aushängeschilder an die **GLP**: Bloss ein halbes Jahr nach den Landratswahlen traten die Landrätinnen Priska Müller Wahl und Nadine Landolt Rüegg zur GLP über. Als Begründung nannten sie an einer Medienkonferenz «unterschiedliche Ansichten betreffend Organisation, Ressourceneinsatz und demokratischen Entscheiden», ohne weiter ins Detail gehen zu wollen. Inhaltliche Differenzen seien jedenfalls nicht ausschlaggebend gewesen, wie auch die Grünen in ihrer Stellungnahme betonten. Die Kantonalpartei erklärte, dass die beiden altgedienten Ländrätinnen «offenbar den Generationenwechsel, der mit dem neuen Vorstand eingeleitet werden konnte, und den damit verbundenen neuen und pragmatischen Stil nicht mittragen wollten».

Im Glarner Kontext war der Schritt insofern ein Novum, als damit erstmals in dem Kanton grüne Amtsträgerinnen zur GLP wechselten: Anders als in anderen Kantonen war die Glarner GLP 2013 nicht als Abspaltung der Grünen gegründet worden, sondern durch «Christlichsoziale, die in der CVP offenbar keine Zukunft mehr sahen», wie die Glarner Nachrichten schrieben; auch danach sei es «bis jetzt nicht zu Übertritten von grünen Schwergewichten gekommen».

Die Landratsfraktion der Grünen schrumpfte mit dem Doppelwechsel von 8 auf 6 Mitglieder, die Vertretung der GLP wuchs hingegen von 3 auf 5. Die Glarner Grünliberalen konnten damit **erstmalig eine eigene Fraktion** bilden, nachdem sie bei den Wahlen 2022 ihr erklärtes Ziel, Fraktionsstärke zu erreichen, noch verpasst und sogar einen Sitz eingebüsst hatten.

Mit dem Entstehen der neuen Fraktion hatte das Glarner Kantonsparlament zu entscheiden, wie mit zwei widersprüchlichen Vorgaben der Landratsverordnung umzugehen sei: Diese schreibt einerseits vor, dass in jeder Kommission jede Fraktion mit mindestens einem Sitz vertreten sein soll, andererseits sehen die Regeln eine Besetzung der Kommissionssitze lediglich zu Legislaturbeginn vor. Eine knappe Landratsmehrheit lehnte eine vorgezogene Neuverteilung der Kommissionssitze schliesslich ab; die Nein-Stimmen kamen von der SVP und der FDP, welche bei einer Neuverteilung Mandate hätten abgeben müssen. Damit blieben bis zum Ende der Legislatur 2026 zwei Kommissionen ohne Vertretung der Grünliberalen und eine Kommission ohne Vertretung der Grünen, weil die beiden Parteiwechslerinnen ihre Kommissionssitze von den Grünen zu den Grünliberalen mitnahmen.²³

Liberaler Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.06.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Idee der Gründung einer gesamtschweizerischen DSP konnte im Berichtsjahr **noch nicht verwirklicht werden**. Auch **Neugründungen kantonaler Sektionen blieben aus**. Im Kanton Freiburg hat die unter Staatsrat Félicien Morel von der SP abgespaltene DSP ein Dokument zu den ideologischen Grundlagen der Partei erarbeitet, welches insbesondere die Abgrenzung zur SP darstellt. Im ersten Jahr ihres Bestehens hat die freiburgische DSP rund 300 Mitglieder gewinnen können. Die 1987 gegründete DSP des Kantons Graubünden beteiligte sich, wie auch die SP, ohne Erfolg an den Regierungsratswahlen; dabei entstand erneut eine **Diskussion um eine Wiedervereinigung der beiden Parteien**.²⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am Parteitag in Neuenburg plädierten die Liberalen für eine Neuordnung im Krankenkassenwesen. Sie forderten eine **Liberalisierung** in der Krankenversicherung – Privatversicherer müssten zu den gleichen Bedingungen arbeiten können wie die Krankenkassen – **und eine volle Freizügigkeit beim Wechsel** von einem Versicherer zu anderen. Um negativen Auswirkungen zu steuern, sollten andererseits ein **Krankenkassenobligatorium und eine Mutterschaftsversicherung** eingeführt werden.²⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 15.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Landesring verschärften sich während des Berichtsjahres die parteiinternen Konflikte. Dabei waren die **Fronten nicht immer klar und eindeutig**. Während es im Kanton Zürich darum ging, die Wende zu einer ökologisch ausgerichteten Partei auch bei dieser grössten Kantonalpartei vollständig nachzuvollziehen, hatte sich die nationale Parteiführung bei der **Diskussion der Europafrage** gegen Angriffe von seiten des ökologischen Flügels zu wehren. Innerhalb des Zürcher LdU endete der Konflikt zwischen der Parteileitung und dem konservativen Zürcher **Erziehungsdirektor Gilgen** mit dessen **Abwahl** aus dem 25köpfigen Parteivorstand. Darauf trat dieser aus der Partei aus und kündigte an, seinen Sitz bei den Wahlen von 1991 als Parteilooser verteidigen zu wollen.²⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 22.10.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am schweizerischen Parteitag in Luzern beschloss der LdU die **Unterstützung** der von diversen Medienunternehmungen lancierten **EG-Initiative** und verabschiedete ein **Grundsatzpapier zur Europapolitik**. Verschiedene Delegierte, unter anderem Nationalrat Günter (BE) und mit ihm die gesamte Berner LdU-Sektion sowie viele Frauen, **plädierten vergeblich für die Rückweisung**, da sich das Papier mit den zu erwartenden Problemen in den Bereichen Volksrechte, Neutralität, Umwelt- und Verkehrspolitik nicht befasse. Die Berner LdU-Präsidentin, Eva-Maria Zbinden, trat aus Protest gegen die als wirtschaftsfreundlich apostrophierte «EG-Euphorie» sogar von ihrem Amt zurück.²⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.12.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Parteipräsident Jaeger (SG) hatte sich aber auch exponiert, als er mit verschiedenen Mitgliedern anderer Parteien an der Besetzung des Geländes des geplanten Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen (SG) teilnahm. Dies trug ihm anlässlich des Parteitages in Aarau vehemente **Kritik** namentlich von einigen Zürcher Delegierten ein; trotzdem wurde er mit 130 von 160 Stimmen für zwei weitere Jahre als Parteipräsident bestätigt. Der **wichtigste Geldgeber** der Partei, der Migros Genossenschaftsbund (MGB) **kündigte** dem LdU hingegen den 1979 abgeschlossenen Zusammenarbeitsvertrag auf Ende 1992; damit müsste der LdU inskünftig ohne den bisher von der Migros geleisteten jährlichen Beitrag von 3 Mio Fr. auskommen. Der MGB, in dessen fünfköpfiger Führungsspitze nur noch Jules Kyburz Mitglied des LdU ist, kritisierte das Vorgehen gegen den Zürcher Regierungsrat Gilgen und zeigte sich auch über Jaegers Solidarisierung mit den Besetzern des Baugeländes des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen und über die LdU-Unterstützung für die «Stopp dem Beton»-Initiative verärgert.²⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.05.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am Kongress in Basel, welcher dem Thema «Die Identität der Schweiz im Europa von morgen» gewidmet war, äusserte sich eine Mehrheit für **die Vorbereitung eines EG-Beitrittgesuchs**. Sowohl welsche als auch deutschschweizerische Vertreter äusserten sich dahingehend, dass eine Integrationspolitik auch unter Wahrung des föderalistischen Gedankenguts als typisch eidgenössisches Identitätsmerkmal möglich sein sollte. Die Partei hielt im weiteren auch an der sicherheitspolitischen Maxime der bewaffneten Neutralität fest.²⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.09.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Als Nachfolgerin von Nationalrat Franz Jaeger (SG) trat Ständerätin **Monika Weber** (ZH) das **Parteipräsidium** an. Erklärtes Ziel ist für sie unter anderem eine **Öffnung der Partei zu einer nicht ideologisch ausgerichteten Organisation**, welche künftig auf pragmatischere Weise ausserhalb des Links-Rechts-Schemas politisieren soll. Mit der neuen Präsidentin, welche Direktorin des Bereichs Wirtschaftspolitik und Konsumentenfragen des Migros Genossenschaftsbundes (MGB) ist, wurde die durch den Gründer Gottlieb Duttweiler institutionalisierte personelle Verbindung zwischen der Partei und dem MGB wiederhergestellt. Gleichzeitig verstand es die neue Parteipräsidentin, das zerstörte Vertrauensverhältnis zwischen dem MGB und der Parteileitung wiederherzustellen, was sich in der Form einer erneuten Zusicherung der finanziellen Unterstützung durch die Migros im bisherigen Rahmen (3 Mio Fr. pro Jahr) auszahlte.³⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.10.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Mit dem sogenannten «**Manifest für den Mittelstand**» setzte die neue Präsidentin ihre politischen Akzente auf **mehr Sicherheit im Alltag**, vor allem aber auf **wirtschaftspolitischer Ebene** (allgemeine Deregulierung, Senkung der Staatsquote, offene Aussenwirtschaftspolitik) und **weniger im Umweltschutzbereich**, wie dies ihr Vorgänger getan hatte. Einzelne Parteiexponenten übten allerdings Kritik an diesem Kurswechsel; der bei den letzten Nationalratswahlen abgewählte Berner Paul Günter trat sogar aus der Partei aus.³¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.11.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Von den in fünf Kantonen (BS, FR, GR, VD, ZH) existierenden Demokratisch-sozialen Parteien sprachen sich jene von **Basel-Stadt und Freiburg für den EWR** aus, jene von Graubünden dagegen. Bei den **Basler Parlamentswahlen** gewann die DSP **ein Mandat hinzu**, verlor hingegen leicht an Wähleranteilen.³²

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.01.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Als neue Fraktionspräsidentin LdU/EVP wurde die **Zürcher Nationalrätin Verena Grendelmeier** gewählt, während **Max Dünki (evp, ZH) das Vizepräsidium** übernahm.³³

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.02.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der ehemalige Neuenburger Regierungs- und Nationalrat **François Jeanneret** übernahm die Nachfolge von Claude Bonnard als **neuer Parteipräsident**.³⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.08.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im LdU sorgten die **Asyl- und Drogenproblematik** für Unruhe, als Ständerätin und Parteipräsidentin Weber (ZH) eine **härtere Gangart gegen kriminelle Asylbewerber** forderte. Weber hatte sich im übrigen auch als Gegnerin der beiden Armeeinitiativen (Waffenplätze und Kampfflugzeuge) innerhalb der Partei, welche diese beiden Begehren unterstützte, exponiert.³⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.09.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die LP hat nach der EWR-Ablehnung die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU gefordert, **um der politischen und wirtschaftlichen Isolation in Europa zu entgehen**. Ihr Ziel ist es, den Beitritt der Schweiz **bis zum Jahr 2000** zu realisieren.³⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.05.1994
EVA MÜLLER

Die LdU-Parteileitung zog organisatorische Konsequenzen aus dem Wählerrückgang und will **ihre Kräfte künftig auf jene Kantone konzentrieren, wo die Partei noch Wähler hat**: Vier Geschäftsstellen in Luzern, Thurgau, Solothurn und Graubünden wurden die Beiträge gestrichen, was praktisch einer Schliessung gleichkommt. Die Kantonalsektion Luzern beantragte deshalb ihre Auflösung.³⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.12.1994
EVA MÜLLER

Der **Genfer Nationalrat Jean-Michel Gros** wurde zum neuen **Fraktionspräsident** gewählt. Er ersetzt Jean-François Leuba (VD), der zum Vize-Präsident des Nationalrates ernannt wurde.³⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.06.1996
EVA MÜLLER

Nach vierjähriger Amtszeit gab die populäre Zürcher Ständerätin Monika Weber das Präsidium des dahinsiebelnden LdU ab. Weil sich keiner der drei verbleibenden LdU-Nationalratsmitglieder zur Kandidatur bereit erklärte, wurde schliesslich der auf eidgenössischer Ebene wenig bekannte **bernische LdU-Kantonalpräsident Daniel Andres zum neuen Parteipräsidenten gewählt**. Andres sprach sich für einen sozial-liberalen und wieder verstärkt ökologischen Kurs des Landesrings aus; grüne Anliegen waren bei Weber in den Hintergrund getreten. Dem Präsidenten steht neu ein vierköpfiges Vizepräsidium zur Seite.³⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.06.1996
EVA MÜLLER

Nach dem letztjährigen unbefriedigenden Abschneiden bei den eidgenössischen Wahlen setzte die Liberale Partei eine von der Genfer Grossrätin Barbara Polla präsidierte **permanente «groupe de réflexion»** ein, die als **Ferment für neue liberale Ideen** dienen soll. Dabei sollen nichtökonomische Fragestellungen künftig wieder mehr Beachtung finden. Weiter will die Partei ihre traditionell **schwachen zentralen Strukturen verstärken** und der politischen Arbeit des Zentralvorstandes mehr Gewicht beimessen.⁴⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.08.1996
EVA MÜLLER

Im August gab der Migros-Genossenschafts-Bund bekannt, dass er die **finanzielle Unterstützung des LdU von bisher jährlich 3 Mio CHF auf 600'000 CHF kürzen wird**. Er begründete den für die Partei nicht überraschend gekommenen Entscheid damit, dass der traditionell zur Verfügung gestellte Betrag der heutigen Situation und Grösse des LdU angepasst werde. Das Versiegen des Migros-Geldstroms brachte die Partei in arge finanzielle Bedrängnis. Den Geschäftsstellen St. Gallen und Aarau droht die Schliessung, womit landesweit mit Zürich und Bern nur noch zwei Geschäftsstellen übrigbleiben würden.⁴¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.11.1996
EVA MÜLLER

Trotz des knapperen Budgets und düsteren Zukunftsprognosen propagierte der Parteivorstand einen Neuanfang und plante dabei insbesondere, mit einem **Namenswechsel zur «Sozial-liberalen Partei der Schweiz», vom Image der «Migros-Partei» wegzukommen**. Der bisherige Name sage nichts über politische Inhalte aus und sei interpretationsbedürftig. An einem ausserordentlichen Parteitag im November wurde die Namensänderung von den Delegierten mit 84 zu 29 Stimmen jedoch klar abgelehnt, da der Name «Landesring» dem Wahlvolk ein Begriff sei; «unabhängig» gebe zudem die Stellung der Partei in der Politlandschaft am besten wieder. Angenommen wurden dagegen neue Statuten. Diese sollen der Parteispitze durch die Aufwertung des Vorstands und die Aufhebung des Delegiertenrats mehr Handlungsspielraum einräumen.⁴²

PARTEICHRONIK
DATUM: 26.04.1997
EVA MÜLLER

François Jeanneret (NE) trat als Präsident der Liberalen Partei zurück. Zu seinem **Nachfolger wählte die Partei den Genfer Nationalrat Jacques-Simon Eggly**. Eggly setzt sich für den Beitritt der Schweiz zur EU ein, innenpolitisch vertritt er einen streng föderalistischen Kurs. Zu Vizepräsidenten für die Amtszeit 1997-2001 wurde für die Deutschschweiz Elisabeth Simonius (BS) und für die Westschweiz Staatsrat Claude Ruey (VD) gewählt.⁴³

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.10.1998
URS BEER

An der ausserordentlichen Hauptversammlung der Stadtberner LdU-Sektion Mitte Oktober beschlossen die Mitglieder auf Antrag des Vorstandes, die Ortsgruppe Bern aufzulösen. **Grund dafür war der unaufhaltsame Sinkflug in der Stadt Bern**, wo der LdU zu seinen besten Zeiten Wähleranteile von bis zu 13,3% erreicht hatte. Seit 1976 ging es stetig abwärts; bei den letzten Stadtratswahlen (Legislative) von 1996 erreichte die Partei einen Wähleranteil von noch 2,5%. Der Vorstand **legte den Parteimitgliedern den kollektiven Übertritt zur Grünen Freien Liste nahe**. Die bisherigen Mandatsträger, Schuldirektorin Claudia Omar sowie die zwei LdU-Stadträte, kündigten den Übertritt zur GFL auf Anfang 1999 an. Der Entscheid zur Auflösung traf bei Mitgliedern anderer Ortsgruppen des Kantons Bern auf heftige Opposition, weil insbesondere die Thuner Sektion für die bevorstehenden Wahlen negative Auswirkungen befürchtete. Kämpferisch zeigte sich die nationale Parteizentrale und stellte eine grössere Mitgliederwerbe-Aktion in Aussicht mit dem Ziel, in Bern eine neue Ortsgruppe zu gründen.⁴⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.11.1998
URS BEER

Der seit 1996 amtierende **LdU-Präsident Daniel Andres trat** nach einer Aussprache mit dem Vorstand über die Lage und Zukunft der Partei **zurück**. Der Vorstand warf ihm fehlende Führungskraft vor und zweifelte daran, ob er im Wahljahr 1999 nach aussen die nötige Durchschlagskraft zu entwickeln vermöge. Schon kurz nach Amtsantritt war Andres' Versuch misslungen, den LdU in «sozial-liberale Partei» umzubenennen. Der neue LdU-Präsident wird am ausserordentlichen **Parteitag vom 16. Januar 1999 gewählt werden**.⁴⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.04.1999
DANIEL BRÄNDLI

Die seit 1983 amtierende Zürcher **LdU-Nationalrätin Grendelmeier** gab im Januar bekannt, dass sie nach der Frühlingsession **aus dem Parlament zurücktreten werde**.

Zudem musste die Partei ein neues Präsidium wählen, nachdem Daniel Andres (BE) im vorigen Herbst sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Die Kantonalparteien hatten im Vorfeld den Wunsch geäussert, das neue Präsidium müsste auch im nationalen Parlament vertreten sein. Nach der Rücktrittsankündigung Grendelmeiers stand **Anton Schaller**, erstes nachrückendes Mitglied auf der Zürcher LdU-Liste, praktisch als **Nachfolger für das Präsidium** fest. Der 54jährige Schaller, Fernsehproduzent und Zürcher Kantonsrat, erhielt 53 Delegiertenstimmen bei 10 Enthaltungen. Von einigen seiner Parteigenossen wurde die Befürchtung eingebracht, mit der Wahl Schallers sei ein Linksrutsch vorprogrammiert. In Presseinterviews verkündete Schaller einige Tage später, dass bei weiteren Verlusten im Wahljahr eine «würdige Liquidation» der Partei anstehen könnte.

Mitte Februar wurde die Zürcher Kantonsrätin Astrid Kugler zur neuen Generalsekretärin ernannt. Das Amt war seit dem vergangenen Herbst interimistisch durch Rudolf Hofer, Sekretär der LdU/EVP-Bundeshausfraktion, ausgeübt worden.

Im April gaben die Partei und der Migros-Genossenschafts-Bund ihre definitive Trennung bekannt.⁴⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 18.04.1999
DANIEL BRÄNDLI

Erstmals hielt die LP, die nur in der Westschweiz und in Basel-Stadt verankert ist, einen Parteitag in Zürich ab. Sie unterstrich damit ihre Absicht, in der Deutschschweiz zu expandieren. Zu den **Zürcher Kantonsratswahlen** trat die LP auch mit einer **eigenen Kantonsratsliste und mit einem Regierungsratskandidaten** an, vermochte aber nicht zu reüssieren.⁴⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 30.07.1999
DANIEL BRÄNDLI

Nach dieser Trennung wollte sich der LdU **als unabhängige Partei neu positionieren** und neue Wähler ansprechen. Parteipräsident Schaller führte aus, das Ziel seiner Partei sei die Bildung einer neuen Mitte; es seien bereits Gespräche mit Teilen der Grünen, der CSP und der EVP geführt worden. Auch mit Angestelltenverbänden werde eine Zusammenarbeit angestrebt. Doch die Niederlage bei den Zürcher Kantonswahlen versetzte der Partei einen harten Schlag. Der LdU verlor vier seiner bislang sechs Sitze im Kantonsrat; Schaller selbst wurde nicht wiedergewählt. Trotz entsprechender Anträge wurde am **Reformparteitag vom Mai in Zürich mit 52 zu neun Stimmen keine Auflösung** der Partei beschlossen.

Die Kantonalsektionen Aargau, Solothurn, St. Gallen, Bern und Zürich waren bereit, den Wahlkampf für die Nationalratswahlen aufzunehmen. An einer Pressekonferenz Ende Juli verkündete Schaller, der LdU trete unter der Bezeichnung «Liste der Unabhängigen» den Wahlkampf an. Auch ein neues Logo in Blau mit dem Schriftzug «Neugeboren und unbequem» wurde vorgestellt.⁴⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.12.1999
DANIEL BRÄNDLI

Die Nationalratswahlen vom Oktober brachten dem LdU eine brutale Niederlage. Er verlor zwei seiner drei Sitze und sein Wähleranteil ging von 1,8% auf 0,7% zurück. Einzig der Zürcher Wiederkehr konnte seinen Sitz im Nationalrat halten. **Zwei Tage nach der Wahlniederlage** beantragte der Vorstand die **Auflösung des LdU**. Nach 63jährigem Bestehen löste sich der LdU Anfangs Dezember in Aarau auf. Mit 57 gegen sieben Stimmen beschlossen die **Delegierten am 4. Dezember das Aus für die nationale Partei**. Vertreter aus dem Kanton St. Gallen machten jedoch deutlich, dass sie auf kommunaler Ebene weiter kämpfen wollen. Gleichzeitig mit der Auflösung wurde am Parteitag die «Landesstiftung der Unabhängigen (LdU)» ins Leben gerufen, die das Gedankengut der Partei weitertragen soll. Zwei anderslautende Anträge, ein «Forum Schweiz-Europa» zu schaffen oder das Geld mittels einer Schenkung der Migros zu vermachen, wurden abgelehnt.⁴⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.12.1999
DANIEL BRÄNDLI

Im November tagte das Büro der Partei in Neuenburg. Auf dem Programm stand die Analyse der Wahlniederlage vom Oktober. Präsident Jacques-Simon Eggly stellte **sein Amt zur Verfügung**. Das Büro wollte allerdings auf diesen Entscheid **nicht eingehen** und in bestehender Formation weiterarbeiten.

Nach einem Reflexionsseminar im Dezember, an dem sich zahlreiche Parteiexponenten über den Fortbestand und die zukünftige Organisation der Partei berieten, liess der Vorstand verlauten, die **Partei werde in Zukunft stärker mit ihren kantonalen**

Sektionen zusammenspannen und auch intensiver mit Regierungsvertretern und Parlamentariern **aus anderen Fraktionen** zusammenarbeiten. Zudem wurde eine Statutenänderung, die eine effizientere Führung ermöglichen soll, in Aussicht gestellt.⁵⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.02.2000
DANIEL BRÄNDLI

An ihrem Parteitag vom April bestätigten die Liberalen **Nationalrat Egly (GE) als Parteipräsidenten**. Egly bekräftigte, dass seine Partei mit den verbleibenden sechs Nationalratssitzen **weiterhin als eigenständige Fraktion** operieren werde. Verstärkte inhaltliche Absprachen mit FDP und CVP schloss er aber nicht aus. Als Nachfolger für die bisherige Vizepräsidentin Elisabeth Simonis (BS) wurde der Basler Nationalrat Christoph Eymann gewählt.⁵¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.05.2000
DANIEL BRÄNDLI

Während der Frühjahressession bot die LP SVP-Parlamentariern, die sich mit der Politik ihrer Mutterpartei nicht mehr identifizieren können, eine Zusammenarbeit an. Die Partei erwog gar die **Bildung einer gemeinsamen Fraktion** aus LP und oppositionellen SVP-Mitgliedern. Diese Pläne verliefen allerdings bis zum Jahresende im Sand.⁵²

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.06.2002
MAGDALENA BERNATH

Im Mai trat der Genfer Nationalrat Jacques-Simon Egly als **Präsident der Liberalen** zurück. Er hatte das Amt seit 1997 inne. Am Parteitag in Montreux wählten die Delegierten den **Waadtländer Nationalrat** und bisherigen Vizepräsidenten **Claude Ruey** zu seinem Nachfolger. Ruey war zwölf Jahre lang Mitglied der Waadtländer Regierung und ist seit 1999 Nationalrat. Zur neuen Vizepräsidentin wurde die Basler Nationalrätin Christine Wirz-von Planta bestimmt, die den zurückgetretenen Basler Regierungsrat Christoph Eymann ersetzte. Ziel des neuen Präsidiums sei die Rückkehr der Liberalen in den Ständerat und die Aufstockung der Nationalratsmandate auf drei Sitze, welches unter anderem mit einem einheitlicheren Auftritt erreicht werden soll. Eine Annäherung an die SVP sei zur Zeit ausgeschlossen. Dem Wahlakt voraus ging ein "runder Tisch" zum Thema "Liberalismus und soziale Verantwortung von Unternehmen", an dem sich die LP als wirtschaftsliberale Partei positionierte, welche die Unternehmer nicht ganz aus der sozialen Verantwortung entlassen wolle.⁵³

PARTEICHRONIK
DATUM: 26.06.2003
MAGDALENA BERNATH

Am ihrem **Wahlkongress** in Lausanne bekräftigten die Liberalen ihre Absicht, wieder eine bedeutendere Rolle in der Bundespolitik spielen zu wollen. Ziel sei es, in den eidgenössischen Wahlen vom Herbst die 1999 verlorenen Ständeratsmandate zurückzuerobern. Deshalb bewarben sich die Liberalen nicht nur in ihren vier Stammkantonen (VD, GE, NE, BS) für einen Sitz in der kleinen Kammer, sondern erstmals auch im Wallis. In den meisten Kantonen gingen sie zudem eine Listenverbindung mit der FDP ein. Gemäss Parteipräsident Claude Ruey (VD) sollte das Verhältnis zur FDP aber nicht über die Zweckgemeinschaft der Listenverbindung hinausgehen – eine Fusion komme nicht in Frage.⁵⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 03.11.2003
MAGDALENA BERNATH

Bei den **eidgenössischen Wahlen** verlor die Liberale Partei zwei ihrer sechs bisherigen Mandate im Nationalrat (darunter den Sitz von Christine Wirz-von Planta, BS) und büsste damit ihre Fraktionsstärke ein. Die vier liberalen Parlamentarier, welche alle aus der Romandie stammen, schlossen sich der FDP-Fraktion an; diese trug dem Zuwachs Rechnung, indem sie sich in der französischen Version in „groupe radical-liberal“ umbenannte. Erste Gespräche über eine engere Zusammenarbeit der beiden Parteien auf nationaler Ebene hatten bereits im Sommer stattgefunden; der gemeinsame Ständeratswahlkampf der beiden Präsidenten Claude Ruey (lp) und Christiane Langenberger (fdp) in der Waadt sowie die Verluste beider Parteien in den Nationalratswahlen hatten die Annäherung gefördert. Auf nationaler Ebene bilden Liberale und Freisinnige künftig eine Föderation, die kantonalen Parteistrukturen bleiben jedoch erhalten. Die Empfehlungen der LP zu den eidgenössischen Vorlagen deckten sich mit jenen der FDP, mit Ausnahme der Revision der Volksrechte, zu der die Liberalen die Nein-Parole herausgaben.⁵⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.06.2004
MAGDALENA BERNATH

Im Januar beschlossen die Liberalen in Neuenburg oppositionslos, eine **Föderation mit den Freisinnigen** einzugehen (bei den eidgenössischen Wahlen hatte die LP ihre Fraktionsstärke eingebüsst und sich der FDP-Fraktion angeschlossen). Liberale und Freisinnige bleiben eigenständige Parteien mit eigenen Statuten, wollen aber künftig gemeinsame Fachtagungen und gemeinsame Delegiertenversammlungen durchführen und sich die Kommissions- und Sekretariatsarbeit teilen. In einer von 200 Liberalen beantworteten Umfrage sprachen sich zwei Drittel für ein Bündnis mit den Freisinnigen aus, gleich viele lehnten aber eine eigentliche Fusion ab, lediglich 13% sprachen sich für diese Variante des Zusammengehens aus. Gemäss Parteipräsident Ruey bilde die Fusion der beiden Parteien auf nationaler Ebene eine langfristige Option, auf kantonaler Ebene sei sie wenig wahrscheinlich. 69% der Liberalen hatten sich für eine Allianz mit der FDP, 14% mit der SVP und 17% für eine Dreifachallianz ausgesprochen.⁵⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.06.2004
MAGDALENA BERNATH

Im Sommer zog Parteipräsident Ruey eine positive Bilanz der Zusammenarbeit mit der FDP auf eidgenössischer Ebene und sprach sich für eine **Fortführung der Kooperation** aus. Die Annäherung sei ein Mittel, die schweizerische Politik zu dynamisieren, welche heute wegen der starren Politik von SP und SVP immer mehr unter Blockaden leide.⁵⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.09.2004
MAGDALENA BERNATH

Die **Jungliberalen** wählten in Bern den Basler Pierre-Guillaume Kopp zu ihrem neuen Präsidenten und den Genfer Blaise Alexandre Le Comte zum neuen Parteisekretär. Die beiden nehmen Einsitz in der Führung der Mutterpartei. Im September gab Kopp bekannt, dass Jungliberale und Jungfreisinnige ab dem kommenden Jahr gemeinsame Delegiertenversammlungen abhielten, um die Parolen zu den eidgenössischen Volksabstimmungen zu fassen.⁵⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.04.2005
MAGDALENA BERNATH

Anfang April billigten die Liberalen im Beisein von FDP-Präsident Fulvio Pelli (TI) die Statuten zur **Neugründung einer Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL)**, und zwei Monate später stimmten ihr beide Parteien an einer gemeinsamen Delegiertenversammlung in Neuenburg zu. LP-Präsident Claude Ruey (VD) betonte die Notwendigkeit, dass sich die liberalen Kräfte geschlossen der Blockierung der Politik von rechts und links entgegenstellten. Die neue Union ist als Verein konstituiert und setzt sich vorrangig zum Ziel, die Arbeit der beiden Parteien auf eidgenössischer Ebene anzugleichen und zu koordinieren sowie eine Annäherung in den Kantonen zu fördern. Geplant sind vorerst gemeinsame Abstimmungskampagnen, Fachtagungen und eine UFL-Plattform für die eidgenössischen Wahlen 2007. Geleitet wird die Union von einem zwölfköpfigen Vorstand und einer Generalversammlung, die aus den Vorstandsmitgliedern beider Parteien, den Präsidenten der Kantonalparteien und der Fraktionen sowie Vertretungen der Jungen und der Frauen besteht. Im November bestimmten LP und FDP den liberalen Genfer Grossrat Pierre Weiss zum ersten politischen Verantwortlichen der UFL. Er soll die Aktivitäten der Union koordinieren und den Weg zu allfälligen Fusionen der beiden Parteien auf kantonaler Ebene ebnen. Gemäss Weiss stehe die Fusion im Kanton Freiburg unmittelbar bevor, und im Wallis komme sie rasch voran. In Neuenburg steige ein Liberaler als UFL-Kandidat in die Ersatzwahl für den Regierungsrat. In mehreren Waadtländer Gemeinden gäbe es UFL-Listen, und auch in den Kantonen Genf und Basel-Stadt sei der Annäherungsprozess im Gang.⁵⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 03.09.2005
MAGDALENA BERNATH

Im Herbst führten Liberale und Freisinnige ihren ersten gemeinsamen Anlass, die **„Sommer-Universität“** in Morges (VD), durch. An der Veranstaltung, die durch eine offene Diskussionsrunde mit Bundesrat Couchepin abgerundet wurde, nahmen rund 200 Personen von der Basis bis zu den Parteispitzen teil.⁶⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.03.2006
MAGDALENA BERNATH

Im Frühjahr bestätigten die Liberalen **Claude Ruey als Parteipräsidenten** für weitere vier Jahre sowie Christine Wirz-von Planta (BS) und Pierre Weiss (GE) als Vizepräsidenten.⁶¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.07.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die **enge Zusammenarbeit mit der FDP** im Rahmen der freisinnig-liberalen Union fand kantonal wie kommunal nur vereinzelt ein Echo, so in Corcelles-Cormondrèche (NE), wo im März die „Union radicale-libérale“ gegründet wurde. Im Kanton Freiburg kam es zur Fusion der FDP mit der dort sehr kleinen LP zum „Parti libéral-radical“. Im Kanton Wallis, wo den Liberalen ebenfalls nur geringe Bedeutung zukommt, fand die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Parlamentsfraktion statt. Auf nationaler Ebene beschlossen die Delegierten beider Parteien im Dezember die weitere Zusammenarbeit in der seit 2003 bestehenden gemeinsamen Fraktion im Bundesparlament.⁶²

PARTEICHRONIK
DATUM: 08.11.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die **Libérale Partei des Kantons Genf** erlebte eine **turbulente Folge von vier Präsidenten**, nachdem die Generalversammlung der Partei im März überraschend den jungen Blaise-Alexandre Le Comte, einen Vertreter des rechten Parteiflügels, zum Nachfolger für den scheidenden Präsidenten Olivier Jornot gewählt hatte. Der in den Folgemonaten wachsende parteiinterne Widerstand gegen Le Comte führte schliesslich zum Rücktritt von 5 Vize-Präsidenten im Juni, woraufhin Le Comte sein Amt niederlegte. Nach einer erneuten Interimspräsidentschaft Jornots wurde Ende September der sozial engagierte Serge Bednarczyk zum neuen Präsidenten gewählt, nur um bereits Anfang November wieder von diesem Posten zurückzutreten. Bis zum Jahresende wurde die Partei daraufhin von einer „Troika“ aus den drei Vize-Präsidenten geleitet.⁶³

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.01.2007
SABINE HOHL

Im Januar hielt die Liberale Partei gemeinsam mit der FDP eine Veranstaltung in Genf ab, an der die beiden Parteien über die Initiative für eine Einheitskrankenkasse diskutierten. Der Präsident der Liberalen, Claude Ruey (VD), plädierte in einer Rede für eine **noch engere Zusammenarbeit der beiden Parteien**, sprach jedoch nicht von Fusion. Die Atmosphäre zwischen Freisinnigen und Liberalen an der Veranstaltung wurde in der Presse als kühl beschrieben.⁶⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.10.2007
SABINE HOHL

Nach den Nationalratswahlen, welche den Verlust von 0,3 Prozentpunkten Wähleranteil und eine gleich bleibende Sitzzahl (4) gebracht hatten, kündigte Parteipräsident Ruey (VD) an, dass er eine **Fusion mit der FDP** anstrebe. Die beiden Parteien sollten sich nach seiner Vorstellung auf nationaler Ebene vereinen, auf kantonaler Ebene jedoch weiterhin getrennt voneinander auftreten. Ruey schlug vor, die fusionierte Partei solle einen neuen Namen erhalten. Die Liberal-demokratische Partei des Kantons Basel-Stadt, die einzige Deutschschweizer Sektion der LPS, erklärte, sie sei mit den Plänen für einen Zusammenschluss von FDP und LP nicht einverstanden.⁶⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.02.2008
SABINE HOHL

Martine Brunschwig Graf (GE) wurde neue Vizepräsidentin der Fraktion von Freisinnigen und Liberalen im Bundesparlament.⁶⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.02.2008
SABINE HOHL

Im Februar kündigten die Parteispitzen von LP und FDP an, dass der offizielle Beschluss zur **Fusion der beiden Parteien** am 25. Oktober fallen solle. In den vorgesehenen Statuten für eine Übergangszeit bis 2015 wurden den Liberalen eine Vertretung im Vizepräsidium und 3 von 20 Vorstandssitzen zugesichert. Zudem dürfen in denjenigen Kantonen, in denen es Liberale und Freisinnige gibt, diese vorläufig nebeneinander weiterbestehen. Allerdings sollen sie zur Zusammenarbeit verpflichtet sein.⁶⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.03.2008
SABINE HOHL

An einer Delegiertenversammlung Mitte März wurde der Genfer Soziologieprofessor **Pierre Weiss** zum neuen Präsidenten der Liberalen Partei gewählt. Er übernahm das Amt von Claude Ruey. Aufgrund der geplanten Fusion der Liberalen Partei mit den Freisinnigen war bereits bekannt, dass Weiss der letzte Präsident der Liberalen in ihrer bisherigen Form sein würde. In das Vizepräsidium wurden neben der bisherigen Christine Wirz (BS) neu Chantal Balet (VS) und Serge Beck (VD) gewählt. Der abtretende Claude Ruey richtete einen flammenden Appell zugunsten der Fusion von Liberalen und Freisinnigen an die Partei. Die Delegierten lehnten die SVP-Einbürgerungsinitiative und die Initiative „für Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ ab.⁶⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.04.2008
SABINE HOHL

Im April beschlossen die Liberalen und die Freisinnigen des Kantons Neuenburg zu fusionieren. Beide Parteien haben im Kanton einen nennenswerten Wähleranteil (Liberalen bei den letzten Wahlen 14,8%, Freisinnige 12,7%). Der neue „Parti libéral-radical“ ist damit die stärkste Partei in Neuenburg.⁶⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.10.2008
SABINE HOHL

Am 25. Oktober stimmten die Delegierten der Liberalen in Bern der **Fusion mit den Freisinnigen** mit 49 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung zu. Der Fusionsvertrag soll im Februar 2009 besiegelt werden und rückwirkend auf den 1. Januar 2009 in Kraft treten. Die Delegierten aus Basel-Stadt lehnten (mit Ausnahme von Christine Wirz, die als Vizepräsidentin der LP Schweiz an der Vorbereitung der Fusion beteiligt war) die Fusion ab. Der Basler Regierungsrat Christoph Eymann (lp) bezeichnete diese als von oben aufoktroziert. Das Ziel sei bloss der Machterhalt, es gebe keine inhaltliche Zielsetzung. Die Basler Liberalen kündigten an, im Januar 2009 über den Verbleib in der neuen nationalen Partei zu befinden.⁷⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 18.03.2009
SABINE HOHL

Die „Demokratisch-Soziale Partei“ (DSP), eine 1982 gegründete SP-Abspaltung im Kanton Basel-Stadt, **löste sich im März auf**. Grund war ein Mangel an Mitgliedern, die bereit waren, Leitungsfunktionen zu übernehmen. Die Kleinpartei DSP war in Basel-Stadt über längere Zeit in der Regierung vertreten gewesen. Bei den Parlamentswahlen 2008 hatte sie noch drei Sitze geholt.⁷¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.05.2011
MARC BÜHLMANN

Die Fusion zwischen FDP und LPS war von den nationalen Delegierten beider Parteien im Oktober 2008 beschlossen worden. Der Fusionsvertrag sieht eine Übergangsfrist bis 2015 vor. Bis dahin sollen auch alle kantonalen Sektionen den Zusammenschluss vollzogen haben. In drei der sechs Kantone, in denen die LPS traditionell stark verankert war (FR, VS, NE) fand die Fusion noch 2008 statt (in FR bereits 2006). Im Kanton Genf heirateten die Liberalen und die Radikalen im Berichtsjahr. Die Fusion im Kanton Waadt ist für 2012 geplant. Einzig im Kanton Basel-Stadt ist die Verbindung kein Thema. Die Liberale Partei hat 2010 dort denn auch wieder ihre ursprüngliche Bezeichnung „Liberaldemokraten“ übernommen und gilt als statutarisch eigenständige und unabhängige Partei. Man habe zwar häufig gemeinsame Positionen, aber keine Lust mit einer Partei zu fusionieren, welche die SVP zuweilen rechts zu überholen versuche, gab der Baslerstädtische Regierungsrat Christoph Eymann in einem Interview zu Protokoll.⁷²

PARTEICHRONIK
DATUM: 05.09.2012
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr wurde mit der **Fusion** im Kanton Waadt zwischen Radicaux und Libéraux der 2008 beschlossene und seit 2009 in allen Kantonen durchgeführte Fusionsprozess zwischen der Liberalen Partei und der FDP abgeschlossen. Einzig im Kanton Basel-Stadt ist eine Fusion zwischen der Liberal-Demokratischen Partei und der FDP weiterhin kein Thema. Die LDP ist zwar seit 2009 Mitglied der FDP. Die Liberalen auf eidgenössischer Ebene, will aber auf kantonaler Ebene selbständig bleiben.⁷³

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2012
MARC BÜHLMANN

Die 2011 im Kanton Aargau gegründete Partei, die im Wahljahr zu Bekanntheit kam, weil sie den aus der SP ausgetretenen ehemaligen Nationalrat Ricardo Lumengo aufnahm und mit ihm bei den Nationalratswahlen antrat, musste im Berichtsjahr ihre beiden Sitze im Aargauer Kantonalparlament wieder abgeben. Freilich hatte sie die Sitze lediglich aufgrund von Parteiwechsellern (von der EDU bzw. von der SVP) inne. Beat Leuenberger von der SVP und Samuel Schmid (ex-EDU) wurden nicht mehr gewählt.⁷⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.05.2013
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr wurde Patricia von Falkenstein, die langjährige Vizepräsidentin der LDP, einstimmig zur **Präsidentin** gewählt. Von Falkenstein – seit 1991 bei der LDP – ist seit 2006 Grossrätin im Kanton Basel-Stadt. Von Falkenstein übernahm das Amt von Christoph Bürgenmeier, der nach fünf Jahren Präsidium zurückgetreten war. Zum Vizepräsidenten wurde der Präsident der Jungliberalen, Philip Schotland, gewählt.⁷⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.12.2013
MARC BÜHLMANN

Die Liberale Partei besteht seit der flächendeckenden Fusion zwischen FDP und LP nur noch im Kanton Basel-Stadt unter dem Namen **Liberal-Demokratische Partei** als eigentliches Schweizer Unikum. Eine Fusion mit der FDP ist hier nicht vorgesehen. Die LDP hält in Basel-Stadt zehn Legislativsitze und ein Exekutivmandat. Die Differenz zwischen der LDP und der FDP zeigte sich etwa bei der Parolenfassung zum revidierten Raumplanungsgesetz und zum Familienartikel, zu denen die FDP jeweils ein Nein, die LDP allerdings ein Ja empfahl. Ein Vorteil gegenüber der FDP bestehe darin, dass man nicht auf nationale Befindlichkeiten Rücksicht nehmen müsse. Der LDP stehen allerdings schwierige Zeiten bevor, wird doch ihr Aushängeschild, Regierungsrat Christoph Eymann, auf die nächsten Wahlen zurücktreten.⁷⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.02.2015
MARC BÜHLMANN

Die Unabhängigkeitspartei **UP!** versuchte im Februar 2015 neben Zürich auch **im Kanton Thurgau** und **im Kanton Bern** Fuss zu fassen. Es seien Vorbereitungsarbeiten für den Aufbau zweier kantonaler Sektionen im Gang, gab die Co-Präsidentin Brenda Mäder (TG, up) in einem Interview bekannt. Im Kanton Zürich trat die Bewegung zu den eidgenössischen Wahlen an. UP! versteht sich als «klassische liberale Partei», die sich konsequenter als die «amorphe» FDP für liberale Anliegen einsetze.⁷⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 01.03.2019
GIADA GIANOLA

Ab 1. März 2019 wird Fanny Noghero die neue FDP-Kommunikationsverantwortliche für die Romandie. Ihre Vorgängerin Karine Barras wechselte zur FDP Wallis.⁷⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.10.2019
GIADA GIANOLA

Die FDP verzeichnete in den Nationalratswahlen 2019 moderate Verluste. Die Partei verlor 1.3 Prozentpunkte beim Wähleranteil (neu: 15.1 Prozent) sowie vier Mandate (neu: 29 Sitze) und blieb trotzdem die drittstärkste Kraft im Parlament – hinter der SVP und der SP.

Eines der Hauptthemen dieser Wahlen war das Klima, was sich bereits in den kantonalen Erneuerungswahlen angekündigt hatte und wie die Erfolge der Grünen und der Grünliberalen bestätigten. Dennoch brachten die neue Positionierung der FDP in der Klimafrage und die Formulierung eines neuen entsprechenden Positionspapiers keine Erhöhung des Wähleranteils und wirkte sich gemäss den Autoren und Autorinnen des Wahlbarometerberichts sogar negativ auf den Formstand der Partei aus. Der Freisinn profitierte somit wohl nicht von ihrem Kurswechsel, den Parteipräsidentin Petra Gössi (fdp, SZ) laut Medien auch nicht als Wahlkampfmanöver verstanden wissen wollte. Die Relevanz anderer Themen hatte sich bereits im Juni im Wahlbarometer angekündigt; damals wollten die FDP-Sympathisantinnen und -Sympathisanten die Partei aber vor allem wegen Themen wie der Altersvorsorge und den Beziehungen zur EU wählen.

Für ihre Wahlkampagne verwendete die FDP neu den Slogan «Gemeinsam weiterkommen», was so viel bedeute, wie «wir machen Politik von Menschen für Menschen», wie Parteipräsidentin Petra Gössi Anfang Jahr im Blick erklärte. Während der Wahlkampagne griff die FDP erneut ihre schon in den kantonalen Wahlen erprobte Strategie «Door2Door» auf. Zudem lancierte sie eine **spezielle Wahlkampagne auf sozialen Medien** – ein Novum für die Schweiz, wie der Tages-Anzeiger berichtete. Dazu habe die FDP ihr Parteiprogramm in knackige Sätze aufgeteilt und diese auf unterschiedliche Bildmotive gepackt, wie die Zeitung erklärte. Sodann kaufte die Partei Facebook- und Instagram-Reichweite. Nachdem die Werbung eine Weile auf den Kanälen kursiert war, wertete die FDP aus, welche Bilder funktionierten. Letztlich kaufte die FDP Reichweite im grossen Stil, jedoch nicht mehr flächendeckend, sondern auf die Nutzergruppe zugeschnitten, die zuvor besonders intensiv mit der jeweiligen Werbung interagiert hatte.

In den Medien ebenfalls auf Aufmerksamkeit stiess die als historisch definierte Listenverbindung zwischen der FDP und der CVP im Kanton Tessin, da die zwei Parteien im Südkanton bisher traditionell die grössten Gegenspieler waren, wie die NZZ betonte.⁷⁹

Die **Grünliberale Partei der Schweiz verzeichnete in den Nationalratswahlen 2019 sowohl Sitz- als auch Wähleranteilgewinne**. Die GLP gewann neun zusätzliche Sitze im Nationalrat (neu: 16 Sitze) und ihr Wähleranteil stieg um 3.2 Prozentpunkte (neu: 7.8 Prozent). Das von Parteipräsident Jürg Grossen in den Medien geäußerte Ziel von zwölf Sitzen wurde somit gar noch übertroffen. Diese guten Resultate bestätigten die im Rahmen der kantonalen Erneuerungswahlen stattgefundenen «grüne Welle», bei der Grüne und Grünliberale grosse Erfolge erzielen konnten.

Mit den Gewinnen der Grünliberalen Partei wuchs gemäss Medien das Mitte-Links-Lager im Nationalrat deutlich an: Grüne, SP, CVP und GLP kamen im Nationalrat neu auf 108 Stimmen und erhielten damit eine Mehrheit. Mit dieser Einteilung konnte aber etwa der Co-Präsident der Zürcher Grünliberalen, Nicola Forster (ZH, glp), gemäss einem Interview in der NZZ nichts anfangen. Für ihn sei die GLP klar in der Mitte, es sei absurd die Partei dem Links-Grünen-Lager zuzurechnen. Die FDP versuche, die GLP in die linke Ecke zu stellen, während die SP und die Grünen der GLP vorwerfen würden, sie sei zu liberal. Forster betonte, dass die Partei mit dem Wählergewinn 2019, der höher war als derjenige der FDP, ihre eigenen Projekte umsetzen möchte. Dazu sei es für die GLP wichtig, dass sie verantwortungsvoll mit der FDP auf der eine Seite und SP und Grünen auf der anderen Seite zusammenarbeite.

Parteipräsident Jürg Grossen hatte im Tages-Anzeiger bereits im Januar 2019 mitgeteilt, dass sich die Wahlkampagne der GLP auf die Themen des Klimaschutzes, der Innovation und der internationalen Vernetzung konzentrieren werde. Im Mai präsentierte dann die Partei das finale Wahlprogramm vor den Medien: Die Grünliberalen setzten auf eine Umweltpolitik, die eher aus Lenkungsmaßnahmen als aus Verboten bestehe; weiter forderte die Partei eine liberale Gesellschaftspolitik, welche die Ehe für alle und die Individualbesteuerung bringe sowie mehr Investitionen in intelligente Technologien fördere. Für die Wahlkampagne stellte die nationale Partei gut eine halbe Million Franken zur Verfügung. Die einzelnen Kandidierende sollten zudem selber ins Portemonnaie greifen, um sich bekannt zu machen. Jürg Grossen gab zudem zu Protokoll, dass sich die GLP keine gross angelegte Plakatkampagnen leisten könne.⁶⁰

Die FDP verlor bei den Ständeratswahlen 2019 einen Sitz (neu: 12 Mandate). Im Tessin verlor die Partei ihren historischen Sitz im Stöckli zugunsten der SVP, nachdem die Tessiner Freisinnigen dort seit 1848 ununterbrochen vertreten gewesen waren. Der bisher im Nationalrat tätige Giovanni Merlini, der nur für den Ständerat kandidierte, wurde nicht gewählt. Stattdessen wurde der SVP-Kandidat Marco Chiesa ins Stöckli geschickt.

Im Kanton Bern kam es zu einem Eklat, wie der Tages-Anzeiger berichtete. So trat Christa Markwalder (fdp, BE) für den zweiten Wahlgang an, um den Sitz von BDP-Ständerat Werner Luginbühl anzugreifen, obwohl die BDP-Kandidatin Beatrice Simon im ersten Umgang mit über 20'000 Stimmen vor FDP-Kandidatin Markwalder gelegen hatte. Die Kandidatur von Markwalder konkurrenzierte damit Simon, die dann ihren Verzicht bekannt gab. Markwalder wurde im zweiten Wahlgang vierte, hinter Regula Rytz und den gewählten Werner Salzmann und Hans Stöckli.⁶¹

Bei den **Bundesratswahlen 2019 bestätigte die FDP ihre zwei Sitze im Bundesrat**: Sowohl ihre bisherige Bundesrätin Karin Keller-Sutter als auch ihr bisheriger Bundesrat Ignazio Cassis wurden wiedergewählt. Ignazio Cassis erzielte aufgrund der fehlenden Unterstützung der SP und der Grünen 145 Stimmen, womit der Coup der Grünen, den zweiten FDP-Sitz zu erobern und damit mit Regula Rytz (gp, BE) erstmals eine grüne Bundesrätin zu verzeichnen, scheiterte. Der Widerstand der links-grünen Parteien gegen Ignazio Cassis hatte sich schon früher abgezeichnet, etwa als SP-Parteipräsident Christian Levrat (sp, FR) Cassis nur zwei Monaten nach dessen Wahl gemäss Medien als «Praktikanten» bezeichnet hatte.

Die Medien spekulierten nach den Bundesratswahlen über einen möglichen Departementswechsel von Ignazio Cassis, zumal der Tessiner Bundesrat von vielen Seiten für seine Verhandlungsweise mit der EU bezüglich des institutionellen Rahmenabkommens kritisiert wurde. Trotz dieser Kritik blieb Cassis weiterhin Vorsteher des EDA.

Auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter erzielte – so die NZZ – ein relativ schlechtes Ergebnis: Sie erhielt 169 Stimmen. Die Zeitung vermutete, dass hinter dieser niedrigen Stimmenzahl SVP-Vertreterinnen und -Vertreter steckten, die an ihrer Stelle den Namen von FDP-Nationalrat Marcel Dobler (fdp, SG) auf den Stimmzettel geschrieben hätten – Marcel Dobler erhielt 21 Stimmen. Seit Langem würden somit bei den Bundesratswahlen erstmals wieder «solche Spiele» gespielt, kritisierte die NZZ.

Vor den Bundesratswahlen hatte sich FDP-Parteipräsidentin Petra Gössi (fdp, SZ) gegenüber den Medien zu einem möglichen grünen Bundesratssitz geäußert. Demnach müssten sich die Grünen zuerst auf allen Ebenen etablieren und Beständigkeit in ihren Resultaten zeigen, bevor sie einen Bundesratssitz fordern könnten. Zudem sollten die Grünen die SP-Bundesratssitze angreifen, weil sie auf deren Kosten in den National- und Ständeratswahlen so stark zugelegt hätten. Die FDP sei zwar bereit, über andere mögliche Zusammensetzungen des Bundesrates zu diskutieren, ein Konkordanz-Gipfel, wie ihn CVP-Präsident Gerhard Pfister (cvp, ZG) vorgeschlagen hatte, sei jedoch unnötig. Die FDP-Parteipräsidentin nannte denn auch zwei Möglichkeiten, wie eine neue Zusammensetzung des Bundesrates herbeigeführt werden könne: durch einen Verzicht auf Ersatzwahlen bei Rücktritten in der zweiten Hälfte der Legislatur sowie durch eine Verschiebung der Bundesratswahlen auf zwei Jahre nach den Parlamentswahlen, womit die Parteien mehr Zeit für die Diskussionen untereinander hätten.⁸²

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2019
GIADA GIANOLA

Ca. 8 Monate vor den eidgenössischen Wahlen 2019 versuchte **FDP-Parteipräsidentin Petra Gössi (fdp, SZ) den Kurs der FDP bezüglich der Klimafrage und des CO2-Gesetzes zu ändern** und löste damit eine interne Diskussion über diese Frage aus. Ausgangspunkt der Kursänderung war die Meinungsänderung der FDP bezüglich einiger konkreter Aspekte des CO2-Gesetzes, nachdem dieses unter Opposition der Linken und der SVP in der Wintersession 2018 im erstberatenden Nationalrat abgelehnt worden war. So zum Beispiel sei die Partei nicht mehr gegen die Flugticket-Abgabe, so Gössi. Auch für ein Inlandziel, also die Festlegung eines Wertes der angibt, wie hoch die Verminderung der CO2-Emissionen in der Schweiz sein muss, könnte die FDP Hand bieten, wenn dadurch ein breiter Kompromiss geschaffen werden könne. Kurz vor dem Interview mit der FDP-Parteipräsidentin im Tages-Anzeiger hatte sich die vorberatende UREK-SR mit Unterstützung von FDP-Vertreterinnen und -Vertretern bereits für ein Inlandziel ausgesprochen. Einige FDP-Politiker, wie zum Beispiel die Ständeräte Thomas Hefti (fdp, GL) und Ruedi Noser (fdp, ZH) befürworteten den Einsatz der Partei für einen stärkeren Schutz des Klimas. So sass der Zürcher Ständerat beispielsweise im Komitee der Gletscherinitiative, während der Glarner gegenüber der NZZ betonte, dass das Klima zu schützen richtig und wichtig sei. Andere Parteimitglieder, wie zum Beispiel Christian Wasserfallen (fdp, BE) zeigten sich gegenüber einzelnen Aspekten des neuen CO2-Gesetzes, wie der Flugticketabgabe, eher skeptisch. Gössi betonte, dass die Partei bereit sei, Kompromisse bei der Revision des CO2-Gesetzes einzugehen und vor allem allgemein eine aktivere und wirksamere Klimapolitik wollte. Gegenüber dem Tages-Anzeiger betonte die Parteipräsidentin zudem, dass das vermehrte Engagement der Partei für die Klimapolitik keine Wahltaktik sei. Das Klima sei ein Thema, das die zukünftigen Generationen stark betreffe, deswegen müsse sich auch die FDP diesem Thema widmen.

Um die Meinung der Parteibasis über die Umweltpolitik einzuholen, führte die Partei eine **Umfrage bei ihren Parteimitgliedern** durch, in der sie unter anderem erfragten, welches Gewicht die Mitglieder dem Klimawandel im Vergleich zu Themen wie der Altersvorsorge oder den Gesundheitskosten zuschrieben, ob der Mensch einen Einfluss auf das Klima habe und ob die Befragten strengere Vorschriften beim Klimaschutz oder mehr Eigenverantwortung befürworteten. Dies sei jedoch keine Urabstimmung, betonte Parteipräsidentin Gössi, die Resultate seien somit nicht direkt bindend für die Bundeshausfraktion. Die Idee einer solche Umfrage wurde schon von Gössi gegenüber dem Tages-Anzeiger im Februar 2019 geschildert. Trotz der Einbindung der Basis äusserte die Presse unter anderem Kritik am Stil Gössis: Sie habe die Klimawende parteiintern nur im engsten Kreis abgestimmt, aber weder die Vizepräsidentinnen und -präsidenten noch die für das CO2-Gesetz zuständigen Kommissionsmitglieder konsultiert.

Die Ergebnisse der Befragung, welche der Sonntags-Blick Ende April 2019 publizierte, zeigten, dass 78 Prozent der insgesamt 14'198 Befragten der Meinung waren, die FDP solle sich künftig mehr für den Klima- und Umweltschutz engagieren. Weitere 68 Prozent der Befragten befürworteten die Förderung des CO2-freien Verkehrs auf der Strasse, 73 Prozent der Befragten sprachen sich für eine Flugticketabgabe und 59 Prozent der Befragten für die Förderung von Subventionen für erneuerbare Energien aus. Diese Resultate präziserte die NZZ ein paar Tage später: Zwar sei der Umweltschutz für die FDP-Mitglieder ein wichtiges Thema, was bei der Berichterstattung zur Umfrage jedoch gefehlt habe, sei, dass die Parteimitglieder die Gesundheitskosten, die Altersvorsorge und die Beziehungen zur Europäischen Union als noch wichtiger einschätzten. Die FDP hätte die Umfrage nicht veröffentlichen wollen, so dass zum Schluss nur einzelne Resultate – aus dem Zusammenhang gerissen – publiziert worden seien.

Basierend auf diesen Ergebnissen und der breiten Unterstützung der Parteibasis zur Klimafrage **verfassten die Begleitgruppe, die Fachkommission Umwelt und Energie inklusive der Mitglieder der UREK, der FDP-Vorstand und die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten (PPK) ein neues Positionspapier**, das bei der Delegiertenversammlung vom Juni 2019 deutlich gutgeheissen wurde. Das Papier umfasste die neue Ausrichtung der FDP in Bezug auf Klima und Umwelt, die sich auf verschiedene freisinnige Grundsätze wie Fortschritt, Forschung und Innovation, Eigenverantwortung und Lenkungsmassnahmen stützte. Die Grundsätze wurden dann auf vier zentrale Bereiche der Gesellschaft, nämlich Natur/Landschaft, Wohnen, Arbeit/Bildung und Verkehr, angewendet, wobei pro Bereich verschiedene Massnahmen geschildert wurden. Der neue Kurs der Partei und das neue Positionspapier würden für Wasserfallen und die anderen Kritiker schwer zu verdauen sein – wie der SonntagsBlick Ende Juni 2019 schrieb. Ob die ganze Fraktion im Parlament den Beschlüssen über die Klimapolitik folgen wird, war eine offene Frage; für Fraktionschef Beat Walti verfügte die FDP jetzt zumindest über eine Grundlage und eine Legitimation, klimafreundlichere Entscheidungen auch im Parlament zu treffen.⁸³

PARTEICHRONIK
DATUM: 31.12.2019
GIADA GIANOLA

Die **FDP** setzte bei den kantonalen Wahlen in den Kantonen Basel-Landschaft, Luzern und Zürich sowie bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen 2019 eine von den Medien als umstritten definierte Wahlstrategie ein, die sogenannte **Door2Door-Strategie**. Bei dieser Strategie, die vor allem in den Vereinigten Staaten genutzt wird, machte die Partei Haustürbesuche, um direkt mit den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im Kontakt zu treten und mit ihnen über Politik zu reden. Die zwei Baselbieter Sektionen der Partei aus Allschwil und Sissach starteten das Pilotprojekt im Januar 2019, weiter meldeten sich Sektionen aus den Kantonen Zürich und Luzern für das Pilotprojekt an. Neben dem erhofften Werbeeffekt für die Wahlen wollte die Partei herausfinden, ob diese Art von Wahlkampf die Leute anspricht.

Um die Door2Door-Strategie erfolgreich umzusetzen, nutzte die Partei ein Datenerfassungstool mit dem Namen «NationBuilder», das in der Presse stark kritisiert wurde. Dieses sollte sogenanntes Microtargeting ermöglichen, bei dem «potenzielle Wähler und Wählerinnen mit individuellen zugeschnittenen Informationen» erreicht werden sollten, wie die Basellandschaftliche Zeitung Anfang Januar 2019 berichtete. Die App sollte es ermöglichen, FDP-Wahlkämpferinnen und -Wahlkämpfer in die Quartiere und Strassen potenzieller FDP-Wählerinnen und -Wähler zu lotsen. Auch wenn die Medien über die Benutzung von Personendaten sprachen, wurden auf der App Personennamen und andere Daten zur Person nicht gezeigt; es tauchten nur Hausadressen und Strassen auf, wie Matthias Leitner, Verantwortlicher des FDP-Wahlkampfes, im St.Galler Tagblatt betonte. Um die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer auszubilden, wurden zudem verschiedene Weiterbildungskurse und Workshops angeboten.

Die Medien berichteten über die Erfahrungen einzelner Kandidierender mit dieser Methode; im Kanton Zürich waren die Parteimitglieder beispielsweise aufgefordert worden, in ihrer Nachbarschaft an Türen zu klopfen – egal in welchem Quartier sie wohnten. In beiden Berichten waren die Aktionen kaum von Erfolg geprägt und auch in der Stadt Luzern reagierten viele Personen misstrauisch. Dennoch schien diese Wahlkampfstrategie zumindest im Kanton Zürich erfolgreich gewesen zu sein: Überall dort, wo FDP-Wahlkämpfer und -Wahlkämpferinnen im Einsatz gewesen waren, fielen die in den kantonalen Wahlen eingebüsst Verlusten geringer aus, berichtete die NZZ. Entsprechend beschloss die FDP gemäss NZZ, die Strategie auch bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen 2019 einzusetzen.⁸⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.10.2022
HANS-PETER SCHAUB

Nachdem sich der **Landesring der Unabhängigen (LdU)** auf nationaler Ebene 1999 aufgelöst hatte, blieben zunächst auf kantonalen und kommunalen Ebenen noch vereinzelte Sektionen bestehen. Erst im Herbst 2022, also fast ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der Mutterpartei, **hörte auch die schweizweit letzte LdU-Ortspartei auf zu existieren**: Die fünf verbliebenen Mitglieder des LdU im aargauischen Neuenhof beschlossen die Auflösung ihrer Lokalpartei, die seit ihrer Gründung 1970 bis 1997 stets im Gemeindeparlament sowie bis 2013 fast durchgängig im Gemeinderat vertreten war.⁸⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.11.2022
HANS-PETER SCHAUB

Der Blick machte im Herbst 2022 publik, dass der ehemalige Verwaltungsratspräsident der Post und CVP-Nationalrat **Claude Béglé**, der seine frühere Partei im Vorjahr im Streit verlassen hatte, sich um eine **Mitgliedschaft bei der FDP bemühte**. Der Vorstand der FDP-Sektion von Béglés Wohnort Pully VD **lehnte das Gesuch jedoch ab**. Über die Gründe für den abschlägigen Entscheid schwieg sich die Ortspartei aus. Der Blick vermutete zwei Motive: Erstens hätten wohl Béglés regimerefreundliche Berichte von seiner Nordkorea-Reise 2019 eine Rolle gespielt, für die er weitherum kritisiert worden war und die ihn einige Monate später möglicherweise auch die Wiederwahl in den Nationalrat gekostet hätten. Zweitens habe in der FDP-Sektion der Verdacht geherrscht, dass Béglé die FDP bloss als Vehikel für eine Kandidatur zur Rückkehr ins Bundesparlament 2023 benutzen wolle, ansonsten aber an einer Mitarbeit in der Partei nicht interessiert sei.⁸⁶

Konservative und Rechte Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.11.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die in neun Kantonen (BE, ZH, VD, SH, BS, AG, SO, BL, GL) existierende EDU, welche eine Politik auf der Basis von christlichen und rechts-konservativen Werten verfolgt, bekämpfte im Berichtsjahr das revidierte **Sexualstrafrecht** durch die Ergreifung des **Referendums**; die Partei lehnte von den eidgenössischen Abstimmungen die Vorlage zum Stimm- und Wahlrechtsalter 18 ab. Im Bereich der **Europapolitik** nahm die EDU eine isolationistische Haltung ein und warnte vor einer Selbstaufgabe der Schweiz. Mit ihrem Parteipräsidenten Werner Scherrer ist die EDU dank einem Sitzgewinn im Kanton Bern **erstmalig im Nationalrat vertreten**; gesamtschweizerisch erreichte die EDU, welche in fünf Kantonen kandidierte (ZH, BE, BS, SH, AG) 1,0% Wähleranteil, im Kanton Bern 3,4%. Scherrer blieb im NR fraktionslos.⁸⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.10.1995
EVA MÜLLER

Die EDU, die im Berichtsjahr ihr 20jähriges Bestehen feierte, verfolgte ihren Expansionskurs weiter und gründete neue Sektionen in **Graubünden, der Zentralschweiz und dem Jura**, womit sie nun in 21 Kantonen etabliert ist. Auf **eidgenössischer Ebene stagnierte** die Kleinpartei mit einem Nationalratsmandat, verzeichnete aber einen leichten Wählergewinn.⁸⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.10.1999
DANIEL BRÄNDLI

Im Nationalrat ist die EDU weiterhin mit ihrem Präsidenten **Christian Waber (BE) vertreten**.

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.10.2019
GIADA GIANOLA

Die SVP gewann bei den Ständeratswahlen 2019 ein Mandat (neu: 6 Sitze) hinzu und blieb damit die viertstärkste Kraft im Stöckli. Wie die NZZ schrieb, konnte die Partei ihren Aufstieg in den vergangenen Jahrzehnten nie in entsprechende Sitzgewinne im Ständerat ummünzen. Der Tages-Anzeiger nannte vier Ursachen für die Schwierigkeiten der SVP, ins Stöckli einzuziehen zu können. Erstens bekunde die SVP Mühe mit der Bildung und der Pflege von Allianzen. Diese seien aber wichtig, um zusammen mit anderen Parteien Tickets für den Ständerat zu formen. Zweitens setze die SVP auf polarisierendes Personal wie zum Beispiel Roger Köppel: Aggressiv auftretende Ständeratskandidierende holten kaum Stimmen ausserhalb des engsten Anhängerkreises und hätten damit geringere Chancen auf Erfolg. Drittens habe die SVP ein Geschlechterproblem: Die Partei schicke fast ausschliesslich Herren in gesetzterem Alter ins Rennen. So könne die SVP aber eine jüngere und weibliche Wählerschaft nicht mobilisieren. Viertens habe die SVP vor allem in der Romandie überproportional verloren: Hier seien klar die Grünen begünstigt worden.⁸⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 11.12.2019
GIADA GIANOLA

Im Rahmen der **Bundesratswahlen 2019** bestätigte die **SVP** ihre zwei Sitze im Bundesrat: Ihre bisherigen Bundesräte **Ueli Maurer** und **Guy Parmelin wurden mit 213 Stimmen und mit 191 Stimmen von der Bundesversammlung wiedergewählt**. Gespalten zeigte sich die SVP zur Forderung der Grünen nach einem Bundesratsstz. So zeigten sich einige ihrer Mitglieder mit der Forderung einverstanden. Aus Sicht von Thomas Aeschi (svp, ZG) etwa, die er in der NZZ darlegte, seien nämlich zwei Parteien im Bundesrat klar übervertreten: die SP und die FDP. Statt aber den Sitz von Ignazio Cassis anzugreifen, attackierten einige SVP-Mitglieder den Sitz von Simonetta Sommaruga. Parteipräsident Albert Rösti (svp, BE) machte aber im Sonntags-Blick

anschliessend klar, dass für die SVP Stabilität und Kontinuität im Bundesrat wichtig seien, weshalb die SVP offiziell die Kandidatur von Regula Rytz nicht unterstützt habe. Regula Rytz war zuvor auch nicht zum Hearing der SVP eingeladen worden. Röstli äusserte zudem seine Skepsis zum von CVP-Parteipräsident Pfister (ZG) eingebrachten Vorschlag eines Konkordanz-Gipfels, bei dem die Parteipräsidentinnen und -präsidenten über die grundsätzliche parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates diskutieren sollten. Röstli war der Meinung, dass die Parteien bereits bei den Bundesratswahlen 2019 nicht in der Lage gewesen seien, eine bessere Lösung zur Konkordanz und zur Vertretung der Parteien im Bundesrat zu finden, und dies auch beim Konkordanzgipfel nicht funktionieren werde. Die Idee, den Bundesrat auf neun Mitglieder zu erweitern, um der Forderung der Grünen nachzukommen, empfand er überdies als «unnötige Aufblähung» der Verwaltung.⁹⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.08.2022
HANS-PETER SCHAUB

Der Direktor der Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) und ehemalige Zürcher Nationalrat **Hans-Ulrich Bigler** trat im August 2022 **von der FDP zur SVP** über. In der Presse wurde der Schritt als wenig überraschend kommentiert. Bigler habe «schon länger näher an der SVP politisiert als am Freisinn», fand etwa die NZZ. Als Beispiele nannte sie Biglers scharfe Kritik an der Covid-19-Politik der Behörden, seinen – auch innerhalb des SGV umstrittenen – Einsatz für die No-Billag-Initiative oder seine Unterstützung für die von der SVP angeführte SRG-Halbierungsinitiative. Auch in der Klimapolitik habe er den SGV auf einen SVP-nahen Kurs geführt. Schliesslich habe sich der SGV unter Bigler auch im Stil der SVP angenähert, mit äusserst hart geführten Abstimmungskämpfen und Kooperationen mit der SVP-nahen Werbeagentur Goal.

Die FDP des Kantons Zürich nehme Biglers Abgang «entspannt» zur Kenntnis, erklärte ihr Präsident der NZZ. Inhaltliche Differenzen habe es vor allem bei Klima- und Umweltthemen gegeben, diese seien aber nicht dramatisch gewesen und hätten in der FDP Platz gehabt. Ein Teil der Freisinnigen habe sich an Biglers «provokativer Kommunikation» gestört, im persönlichen Umgang habe es jedoch keine Probleme gegeben.

Bigler selbst bezeichnete seinen Parteiwechsel an einer Medienkonferenz als «Resultat einer kontinuierlichen persönlichen Entwicklung». Es seien keine einzelnen Schlüsselereignisse ausschlaggebend gewesen. Bisweilen empfinde er die Politik der FDP aber als «inkohärent». Als Beispiel nannte Bigler, der auch Präsident des atomenergiefreundlichen «Nuklearforums Schweiz» ist, dass die Freisinnigen den Bau neuer Atomkraftwerke zunächst ablehnten und mittlerweile eher wieder befürworteten. Für die FDP war er 2015 in den Nationalrat gewählt worden, musste sich 2019 aber vom neu antretenden, auf der Liste hinter ihm platzierten Andri Silberschmidt überholen lassen und verpasste so die Wiederwahl. Ob er für die SVP nochmals für öffentliche Ämter kandidieren werde, stehe noch nicht fest, sagte Bigler laut NZZ; sollte er von der Partei angefragt werden, stehe er aber zur Verfügung.

Biglers Parteiwechsel erfolgte rund ein Jahr vor seinem per Mitte 2023 angekündigten Rücktritt als SGV-Direktor.⁹¹

Andere Parteien

Die Christlich-konservative Volkspartei (CKP), die 1994 aus der Taufe gehoben worden war, gründete in den **Kantonen Aargau, Luzern, Thurgau und Zürich** unter dem Namen Katholische Volkspartei weitere Sektionen. Die Partei trat unter anderem gegen Abtreibung und Konventionalscheidung, Feminismus, eine liberalisierte Drogenabgabe, die Neat und den EU-Beitritt an, forderte aber die Einführung des Schulgebets.

Bei den eidgenössischen Wahlen erreichte die KVP in Aargau 0,7% und im Thurgau 1,4% der Stimmen.⁹²

PARTEICHRONIK
DATUM: 14.07.1995
EVA MÜLLER

Die im **Juli 2010 gegründete Tierpartei**, welche die Bedürfnisse und Interessen von Tieren und den Erhalt derer natürlicher Lebensräume ins Zentrum ihrer politischen Arbeit stellt, trat in vier Kantonen erfolglos zu den Nationalratswahlen (ZH, SO, BE, LU) und mit Barbara Banga-Schaad im Kanton Solothurn auch zu den Ständeratswahlen an. An ihrer ersten Vollversammlung Mitte Mai 2011 in Wallisellen verabschiedete die Partei ihr Programm, in welchem sie sich verpflichtete, Tieren eine Stimme zu geben.⁹³

PARTEICHRONIK
DATUM: 15.05.2011
MARC BÜHLMANN

1) AZ, 21.1.22

2) Arigoni und Urio (1986). Aspects de la régionalisation du Parti Libéral-Radical du Tessin.; NZZ, 7.1., 9.1. und 27.9.86; Ww, 9.1.86; 24 Heures, 30.1.86; LM, 19.2.86; L'Hebdo, 27.2.86; TA, 28.2., 13.3. und 9.5.86; Sonntags-Blick, 16.3.86; Presse vom

- 21.4., 25.8. und 27.10.86; JdG, 1.7.86; SZ, 22.7.86; Suisse, 27.8.86; SGT, 29.10.86; BaZ, 29.11., 3.12. und 5.12.86; SJPW, 26/1986, S. 107 ff.; Politische Rundschau, 65/1986, 66/1986 und 66/1987; Der Freisinn, 1986, Nr. 6.
- 3) Presse vom 6.1., 12.1., 24.–25.1., 7.4. und 9.4.01; AZ, 2.4.01.
- 4) Presse vom 6.11.–14.11., 19.11., 26.11., 30.11., 3.12., 17.12. und 20.12.02.
- 5) Presse vom 9.–10.1.03; NZZ, 11.1.03; SoZ, 12.1.03; Presse vom 13.1.03.
- 6) Lib. und Blick, 23.4.11 (Sonderbewilligung); SoS, 28.9.11 (Kantonalbank); TA, 18.10.11; AZ, 24.10.11; SGT und SoS, 25.10.11; SoS und AZ, 26.10.11; BaZ und SoS, 27.10.11; TA und NZZ, 29.10.11; SoS, 7.11.11; Presse vom 9.12. und 16.12.11; NZZ, 28.12.11.
- 7) NZZ, 19.1.12; Presse vom 30.1.12; WW, 9.2.12; BaZ, 28.7.12.
- 8) Medienmitteilung FDP vom 31.1.15; CdT, NZZ, 2.2.15
- 9) Pressemitteilung Delegiertenversammlung vom 25. April 2015 der CVP Schweiz; NZZ, 27.4.15
- 10) WW, 18.6.15; SGT, 19.6., 20.6., 22.6.15; WW, 25.6.15; SGT, 26.6., 27.6.15
- 11) Medienmitteilung CVP vom 27.7.2015
- 12) Medienmitteilung FDP vom 10.4.16; Medienmitteilung FDP vom 17.4.16; WW, 7.4.16; SO, So-Bli, 10.4.16; BaZ, 13.4.16; LZ, NZZ, TG, 15.4.16; TG, 16.4.16; SO, SoZ, 17.4.16; LT, NF, NZZ, SGT, TA, 18.4.16; WW, 28.4.16; Blick, 30.4.16
- 13) AB NR, 2019, S. 2476 ff.; NZZ, 20.11.19; So-Bli, SoZ, 24.11.19; TA, 25.11.19; WW, WoZ, 5.12.19; NZZ, 12.12.19
- 14) AZ, 20.8.21
- 15) NZZ und TA, 30.10. und 31.10.07.
- 16) Alleingang der PdA Genf; TG, 31.8.07. Wahlergebnis; Presse vom 22.10.07. Verzicht von Huguenin auf ihr Mandat; TA, 2.11.07. Anschluss von Zisyadis an die Fraktion der Grünen; NZZ, 29.11.07.
- 17) BFS (2019). Nationalratswahlen: Mandatsverteilung nach Parteien; BFS (2019). Nationalratswahlen: Stärke der Parteien; BaZ, NZZ, TA, 21.10.19; BaZ, NZZ, 22.10.19; Blick, TA, 23.10.19; AZ, Exp, TA, 24.10.19; NZZ, 25.10.19; So-Bli, 27.10.19
- 18) EKf (2019) Analyse Kandidierende Eidgenössische Wahlen 2019.pdf; Blick, 4.1.19; CdT, 10.1.19; AZ, 13.1.19; 24H, 27.2.19; TG, 6.3.19; NZZ, 4.4.19; AZ, NF, 6.4.19; TA, 8.4.19; BaZ, 25.4.19; NF, 4.5.19; Blick, 15.5.19; Blick, NZZ, TA, 22.5.19; Blick, 23.5., 25.5.19; So-Bli, 26.5.19; CdT, 7.6.19; SGT, 29.7.19; NZZ, 2.8.19; BZ, Exp, WoZ, 3.10.19; NZZ, SZ, 5.10.19; LZ, 10.10.19; So-Bli, 13.10.19; Exp, NZZ, TA, 21.10.19; NF, TA, 22.10.19; NZZ, 23.10.19; TA, 26.10.19; WW, 31.10.19
- 19) Delegiertenversammlung GP vom 2.11.19; Medienmitteilung GP vom 2.11.19; Protokoll DV Grüne vom 2.11.19; Präsidialrede Rytz vom 2.11.19; Traktanden DV Grüne vom 2.11.19; TA, 2.11.19; So-Bli, SoZ, 3.11.19; NZZ, TA, 4.11.19
- 20) AB NR, 2019, S. 2476 ff.; SoZ, 17.11.19
- 21) AB NR, 2019, S. 2476 ff.; NZZ, 21.10.19; WW, 24.10.19; TA, 25.10., 26.10.19; So-Bli, 27.10.19; NZZ, TA, 28.10.19; Blick, 1.11.19; Blick, TA, 2.11.19; SoZ, 3.11.19; NZZ, TA, 4.11.19; AZ, 7.11.19; SoZ, 10.11.19; Blick, 14.11.19; So-Bli, 17.11.19; AZ, Blick, 20.11.19; AZ, 21.11.19; NZZ, TA, 22.11.19; AZ, NZZ, 23.11.19; SoZ, 24.11.19; AZ, 25.11.19; WW, 28.11.19; NZZ, 30.11.19; Blick, 4.12., 5.12.19; AZ, NZZ, 7.12.19; NZZ, TA, 12.12.19; So-Bli, 15.12.19
- 22) Mitteilung JGLP 1.11.22; 24H, 24.11.22
- 23) SGL, 23.12.22, 27.4.23
- 24) Lib., 6.1. und 11.6.90; BliZ vom 20.3.90, 3.4.90 und 10.4.90
- 25) JdG, Express und NZZ vom 10.9.90.
- 26) TA vom 20.3.90; Ww vom 29.3.90; BZ vom 1.5.90; NZZ vom 15.9.90
- 27) TA und LNN vom 22.10.90
- 28) BaZ vom 12. und 14.7.90; BZ vom 13.7.90; Presse vom 20.12.90
- 29) Presse vom 27.5.91
- 30) WoZ vom 19.3.92; TA vom 7.4.92; BaZ vom 25.4.92; Presse vom 27.4.92; NZZ vom 23.9.92; klar, Mitteilungsblatt des LdU (1992), Nr. 1 und 2
- 31) NZZ, 1.10.92; Bund, 3.10.92; Presse vom 24.8.92
- 32) BaZ vom 29.10.92; BliZ vom 13.11.92; Lib. vom 20.11.92
- 33) NZZ vom 4.1.93
- 34) JdG vom 20.2.93; Presse vom 22.2.93
- 35) SoZ vom 29.8.93
- 36) Presse vom 27.9.93
- 37) BZ, 4.5.94
- 38) 24 Heures, 2.12.94
- 39) TA, 25.3.96; SoZ, 31.3.96; Presse vom 10.6.96
- 40) JdG, 11.2. und 24.6.96; NZZ, 12.2.96
- 41) SoZ, 25.8.96; NZZ, 30.8.96
- 42) BaZ und NZZ, 8.11.96; Presse vom 25.11.96
- 43) Presse vom 28.4.97
- 44) Bund, 19.9., 6.10., 15.10. und 16.10.98; BZ, 19.9. und 22.9.98
- 45) NZZ, 24.10.98; TA, 31.10.98; Presse vom 2.11.98
- 46) Presse vom 18.1., 13.2. und 19.4.99; Bund, 23.1.99; NZZ, 26.2. und 19.4.99
- 47) Presse vom 18.1.99
- 48) Presse vom 10.5.99; TA, 30.7.99
- 49) NZZ, 27.10.99; Presse vom 6.12.99. Zur Geschichte des LdU; BaZ, 28.10.99; NZZ, 19.11.99
- 50) Presse vom 10.11. und 6.12.99
- 51) NZZ, 2.2.00.
- 52) NZZ, 2.5.00.
- 53) TG, 14.5.02; NZZ, 15.5.02; Presse vom 8.6. und 10.6.02.
- 54) 24h, 14.6.03; Presse vom 16.6.03.
- 55) TG, 27.6.03; Presse vom 24.10. und 8.11.03. Zur ideologischen Nähe zwischen den Liberalen und der Deutschschweizer FDP siehe LT, 14.10.03; zu Differenzen zwischen den einzelnen LP-Kantonalsektionen siehe LT, 25.10. und 3.11.03.
- 56) Presse vom 26.1.04. Zu den kantonalen Unterschieden betreffend ein Zusammengehen der beiden Parteien siehe NZZ, 26.2.04; LT, 1.6.04; AZ und BaZ, 10.6.04; SGT, 16.6.04; Lib., 17.6.04; Bund, 19.6.04.
- 57) LT und NZZ, 21.6.04.
- 58) NZZ, 15.3.04; BaZ, 17.4.04; AZ, 6.9.04.
- 59) Presse vom 17.3., 11.4., 27.6. und 12.11.05; zur Entstehungsgeschichte von LP und FDP und zu den kantonalen Unterschieden siehe auch NZZ, 6.4.05.
- 60) Presse vom 3.9.05.
- 61) NZZ, 29.3.04.
- 62) LT, 11.12. und 13.12.06. Zur Zusammenarbeit von FDP und LPS siehe BaZ, 25.3.06; NZZ, 20.7.06.
- 63) TG, 10.3.06 (Wahl von Le Comte); Krise: 24h, LT und TG, 20.–28.6.06; Wahl von Bednarczyk; LT und TG, 12.–29.9.06; Rücktritt Bednarczyks und Ende der Krise: LT und TG vom 4.–8.11.06.
- 64) LT, 20.1.07.
- 65) TA, 23.10.07.
- 66) TG, 23.2.08.
- 67) SoZ, 24.2.08.
- 68) BaZ und TA, 17.3.08.
- 69) LT, 10.4. und 11.4.08.
- 70) Presse vom 27.10.08.
- 71) BaZ und NZZ, 18.3.09.
- 72) BaZ; 11.7.11; LT, 24.5.11 (Eymann.); Lit. BFS.

- 73) 24h, 6.7.12; LT, 5.9.12.
- 74) AZ, 7.8.12.
- 75) BLZ, 11.4.13; BaZ und BLZ, 30.4. und 2.5.13.
- 76) BLZ, 29.1.13; BaZ, 30.1.13; BLZ, 2.5., 20.11. und 4.12.13.
- 77) TZ, 25.2.15; NZZ, 31.7.15
- 78) AZ, 21.1.19
- 79) sotomo (2019) SRG-SSR-Wahlbarometer. Hauptbericht Juni 2019; So-Bli, 6.1.19; Blick, SGT, 12.1.19; NZZ, 2.2., 24.4.19; WW, 9.5.19; SGT, 7.6.19; WW, 27.6.19; AZ, SGT, 16.7.19; CdT, NF, 31.7.19; NZZ, 2.8.19; CdT, 26.8.19; TA, 31.8.19; NZZ, 4.10.19; Blick, NZZ, TA, 10.10.19; TA, 24.10.19
- 80) BFS (2019). Nationalratswahlen: Mandatsverteilung nach Parteien; BFS (2019). Nationalratswahlen: Stärke der Parteien; TA, 10.1.19; TZ, 24.1.19; NZZ, 9.2.19; AZ, SGT, 16.3.19; TA, 23.3., 26.3.19; BU, Blick, 3.4.19; TA, 14.5.19; WW, 25.7.19; SGT, 10.8.19; NZZ, 23.9., 30.9.19; AZ, 4.10., 8.10.19; CdT, 15.10.19; TA, 16.10.19; NZZ, TA, 21.10.19; NZZ, TA, 23.10.19; NZZ, 2.11.19
- 81) BFS (2019) Ständeratswahlen Mandatsverteilung nach Parteien; TA, 23.10.19; AZ, 18.11.19
- 82) AB NR, 2019, S. 2476 ff.; SoZ, 10.11.19; NZZ, 15.11., 22.11., 23.11.19; NZZ, 12.12.19
- 83) FDP-Delegiertenversammlung vom 22.6.19; FDP-Positionspapier (2019) Umwelt- und Klimapolitik; TA, 5.2.19; AZ, LT, SGT, 9.2.19; BaZ, Blick, TA, 16.2.19; AZ, 17.2.19; AZ, BaZ, LT, SGL, TA, 18.2.19; APZ, AZ, Bund, SGT, TA, TZ, 19.2.19; SN, 20.2.19; BaZ, Blick, LT, TA, 21.2.19; AZ, SGT, 22.2.19; TA, 2.3., 5.3.19; SGT, TA, 6.3.19; SoZ, 17.3.19; WW, 21.3.19; BaZ, 23.3.19; TA, 26.3.19; BaZ, 27.3.19; BaZ, Blick, CdT, LT, NZZ, SGT, TA, 29.3.19; SoZ, 31.3.19; TA, 11.4.19; So-Bli, 28.4.19; BaZ, Blick, Lib, TA, 29.4.19; AZ, BaZ, NZZ, SGT, TA, 30.4.19; WW, 2.5.19; LT, NZZ, 4.5.19; SoZ, 5.5.19; NZZ, 6.5.19; Blick, 8.5.19; SGL, 11.5.19; SGT, 13.5.19; NZZ, 14.5.19; Blick, 24.5.19; BaZ, Blick, LT, NZZ, TA, TG, 25.5.19; SGT, 7.6.19; AZ, So-Bli, SoZ, 23.6.19; NZZ, TA, 24.6.19
- 84) BaZ, 3.1.19; BLZ, 10.1.19; SGT, 12.1.19; NZZ, 28.1.19; BLZ, LZ, 4.2.19; NZZ, 24.4.19
- 85) AZ, 7.10.22
- 86) Blick, 23.11.22; Blick, 4.11.22; NZZ, 8.11.22
- 87) EDU-Standpunkt, Oktober 1991; SN vom 15.2.91; NZZ, vom 6.11.91
- 88) EDU-Grundsatzprogramm, Thun 1995
- 89) BFS (2019) Ständeratswahlen Mandatsverteilung nach Parteien; NZZ, 20.8.19; So-Bli, 15.9.19; NZZ, TA, 25.10.19; NZZ, 29.10.19
- 90) AB NR, 2019, S. 2476 ff.; SoZ, 17.11.19; NZZ, 22.11.19; So-Bli, 1.12.19
- 91) Blick, NZZ, TA, 24.8.22; LT, NZZ, 30.8.22
- 92) TA, 3.1. und 14.7.95; LNN, 6.3.95
- 93) Medienmitteilung Tierpartei vom 15.5.11.